No 92 | März 2019

IRS AKTUELL
Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

Der Spaltung begegnen

Polarisierung – neue Antworten gesucht

Zuwanderung – wie Städte reagieren

Gleichwertigkeit – ein Agendavorschlag

Gerechtigkeit – Stadt-Land-Ausgleich im Fokus

In dieser Ausgabe

Soziale Polarisierung im Raum – neue Antworten gesucht 4

Wie reagieren Städte auf Zuwanderung? Regenerierung, Ungleichentwicklung und die Leistung migrationsgeprägter Nachbarschaften 7

An den Rand gedrängt – Polarisierung in Halle an der Saale 10

Gleichwertige Lebensverhältnisse? Gleiche Verwirklichungschancen! 12

Die Dörfer sterben nicht überall: Beobachtungen in vier europäischen Ländern 14

Innovationen für ländliche Räume
IRS-Forscher/-innen im Dialog mit der Praxis 17

Gerechtigkeit als Wert und Praxis –
neue Wege des Stadt-Land-Ausgleichs im Projekt „ReGerecht“ 19

Nachrichten aus dem Institut 23

Impressum 37

Pressespiegel 40

Personalien 41

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das IRS ist mit großer Zuversicht ins Jahr 2019 gestartet. Die überaus positive Würdigung und Anerkennung der Leistungen des IRS in der Stellungnahme des Senats der Leibniz-Gemeinschaft vom Juli 2018, mit der unser Evaluierungsverfahren abgeschlossen wurde, gibt uns Rückenwind für die kommende Zeit. Zugleich geben die Empfehlungen in der Stellungnahme uns Orientierung und Ansporn für die Weiterentwicklung des IRS und seiner Forschung. Mit dem Anfang dieses Jahres begann unser neues Forschungsprogramm „Städte und Regionen als offene Handlungszusammenhänge" (2019-2021). Darin führen wir Aspekte der Mediatisierung und Digitalisierung des Handelns mit seinen räumlichen Implikationen als neues Querschnittsthema in die Forschung des IRS ein, und wir schärfen unser raumtheoretisches Konzept, indem wir uns intensiv mit raum-zeitlichen Dynamiken auseinandersetzen werden.

Zu den vielen Veränderungen, denen das Institut sich stellt, gehört auch der Wechsel der Leitung des IRS. Am 26. September wurde die langjährige Direktorin des IRS, Prof. Dr. Heiderose Kilper, von der Staatssekretärin Dr. Ulrike Gutheil (MWFK) sowie von zahlreichen IRS-Mitarbeiter/-innen, Gremienvertreter/-innen und Gästen feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Seit dem 1. Oktober 2018 leite ich das IRS nun als Stellvertretende Direktorin. Im Oktober 2017 erfolgte durch die BTU Cottbus-Senftenberg und das IRS die gemeinsame Ausschreibung einer W3-Professur für „Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung" in Verbindung mit der Direktorenstelle des IRS. Inzwischen befindet sich das Berufungsverfahren in einem sehr fortgeschrittenen Stadium und wir sind optimistisch, dass die Stelle in diesem Jahr neu besetzt werden kann.

Mit der vorliegenden Ausgabe von „IRS aktuell" möchten wir uns einem Gegenstand von besonders hoher gesellschaftlicher Aktualität zuwenden. Weithin wird eine zunehmende soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft konstatiert, die auch entlang räumlicher Trennlinien verläuft: zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West, zwischen prosperierenden und abgehängten Regionen. Die zunehmende Schärfe der Auseinandersetzung, wie sie etwa in den politischen Debatten rund um den beschlossenen EU-Austritt Großbritanniens (Brexit) sichtbar wird, verdeutlicht die Dringlichkeit, mit der neue Ansätze diskutiert werden müssen, die sozialräumlichen Polarisierungstendenzen begegnen könnten. Politische Prioritäten verschieben sich entsprechend. So nahm im September 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat ihre Arbeit auf. Mit dem Themenschwerpunkt „Der Spaltung begegnen" präsentieren wir gebündelt Forschungsbefunde des IRS zu sozialräumlicher Polarisierung. Die Einzelbeiträge zeigen Perspektiven auf, wie ihr entgegengewirkt werden könnte. Das Magazin macht zugleich deutlich, welchen Beitrag Forscherinnen und Forscher des IRS zur aktuellen Debatte leisten können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof Dr. Gabriela Christmann

Soziale Polarisierung im Raum – neue Antworten gesucht

Dass die sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft zunehmen, ist mittlerweile weitgehend unbestritten. Viele Analysen und Studien sprechen sogar von einer sozialen Polarisierung. Das heißt: die Pole nehmen zu, das Mittelfeld nimmt ab. Dieses soziale Auseinanderdriften zeigt sich auch im Raum. Sei es zwischen Stadtquartieren, zwischen Städten oder zwischen Stadt und Land, die Ungleichheiten verschärfen sich. Das IRS forscht aus unterschiedlichen Perspektiven zu sozialräumlicher Polarisierung und hilft durch seine Politikberatung auch bei der Suche nach Ausgleichsmöglichkeiten. Dieses Themenheft beleuchtet beide Aspekte.

Soziale Polarisierung entsteht in Bezug auf Einkommensungleichheit und ungleiche Verteilung von Vermögen, durch Spaltung des Arbeitsmarktes in Qualifikations- und Einkommenssektoren oder auch Segmentierung des Wohnungsmarktes in unterschiedliche Preis- und Angebotsbereiche Eine neue Linie der sozialen Polarisierung wird derzeit auch im Umgang mit Migration erkennbar: während kosmopolitische, urbane Akademiker/-innen sowie Vertreter/-innen der Wirtschaft für eine weltoffene Einwanderungsgesellschaft eintreten und auf die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften setzen, erstarken bei den eher sesshaften, von Abstieg bedrohten Bevölkerungsteilen in vielen ländlichen Räumen fremdenfeindliche und rechtspopulistische Positionen, die sich für eine Begrenzung und Schließung gegenüber internationaler Migration einsetzen. Durch diese Polarisierung entstehen gerade in strukturschwachen Städten neue soziale Konflikte, auf die noch keine Antworten durch die Politik gefunden worden sind. Der Beitrag zum gerade abgeschlossenen Leitprojekt der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ (siehe Seite 7) vertieft das Thema Migration und Polarisierung.

Polarisierung spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab: Einerseits deutet sich zwischen großstädtischen und ländlichen Räumen ein neuer Gegensatz von „Metropole“ und „Provinz“ an. Andererseits schreiten zwischen einzelnen Wohnquartieren in Großstädten soziale Entmischung, Verdrängung und Segregation voran. In ihrer Forschung hat die Abteilung „Regenerierung von Städten“ bisher mit den Konzepten der Peripherisierung und Marginalisierung den Fokus auf sozialräumliche Abstiegsprozesse gelegt. Klein- und Mittelstädte und ländlich-periphere Regionen werden

abgehängt, indem die Bevölkerung durch Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte schrumpft und altert, Infrastrukturen wie Schulen, Bahnhöfe u.a. geschlossen werden, und sie zunehmend von den Entscheidungszentren in Wirtschaft und Politik abhängig werden (siehe Seite 14). Innerhalb von Großstädten kommt es zu einer wachsenden Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in „Problemgebieten", die häufig von einer schlechten räumlichen Lage, einer minderwertigen Infrastruktur und einem qualitativ schlechteren Wohnungsbestand geprägt sind (siehe Seite 10). Häufig handelt es sich bei diesen Gebieten um Ankunftsquartiere, d.h. um Stadtteile, die zu Zielorten von Zuwanderern werden und die deshalb gleichzeitig Ankunft und Integration möglich machen, aber auch die Herausforderungen der neuen Vielfalt stemmen müssen.

Diese Formen der sozialräumlichen Ungleichheiten werden seit Jahrzehnten erforscht und in Raumordnungsberichten sowie Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung regelmäßig beschrieben. Die raumbezogenen Politiken in Deutschland haben aus einer marktliberalen Perspektive den wachsenden räumlichen Ungleichheiten lange Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst seit dem Aufstieg der rechtspopulistischen AfD bei den letzten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen wird die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von der Politik wieder neu entdeckt (siehe Seite 12). Diese sucht nach Wegen, wie „abgehängte Räume" bzw. Räume, in denen sich viele Menschen subjektiv als abgehängt fühlen, wieder stärker in das wirtschaftliche und politische System integriert werden können. Dazu hat das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat eine neue Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" eingesetzt, die im nächsten Jahr konkrete Vorschläge für eine Stärkung dieser Regionen vorlegen soll.

Metropole und Provinz – ein neuer Gegensatz?

Von einem Stadt-Land-Gegensatz zu sprechen ist eine Vereinfachung und Überspitzung, denn es gibt ganz unterschiedliche Entwicklungstypen von städtischen und ländlichen Räumen. Dennoch lässt sich in Deutschland ein Trend zur räumlichen Polarisierung zwischen urbanen Metropolen und ländlichen Provinzstädten beobachten, der sich auch in Wahlergebnissen widerspiegelt.

Während viele strukturstarke Metropolregionen und Universitätsstädte wachsen, schrumpfen viele strukturschwache ländliche Räume, vor allem in Ostdeutschland. Diese räumliche Polarisierung wird nicht nur durch Binnenwanderungen wie der Landflucht, sondern auch durch internationale Migrationsformen verstärkt. Der Raumordnungsbericht 2017 weist nach, dass Bildungs- und Berufseinstiegswanderung, Arbeitsplatzwanderung sowie Flüchtlingszuwanderung den Trend zu räumlichen Ungleichheiten verstärken, da diese überwiegend jungen Menschen vor allem in die ohnehin wachsenden Großstädte ziehen. Strukturschwache Regionen fallen im Wettbewerb um Zuwanderung zurück und Disparitäten verstärken sich auch durch den allgemeinen Fachkräftemangel.

Neue Antworten: Steuerung der Zuwanderung in strukturschwache Räume

Die Raumentwicklungspolitik und politiknahe Forschungseinrichtungen haben mittlerweile Ideen entwickelt, wie sich der sozialräumlichen Polarisierung entgegenwirken lässt. Im Raumordnungsbericht 2017 wie auch in einem Positionspapier der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) wird beispielsweise eine stärkere regionale Steuerung internationaler Zuwanderung in ländliche Räume diskutiert. So sollen die Ballungsräume entlastet, unterausgelastete Infrastrukturen wie Schulen und Bahnhöfe erhalten und dem Fachkräftemangel begegnet werden. In einem Beitrag für die Fachkommission „Räumliche Ungleichheit" der Heinrich-Böll-Stiftung hat Dr. Manfred Kühn aus der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten" erste Ideen zur Umsetzung einer solchen Strategie entwickelt. Als historische Referenz könnte dabei die Tradition der Anwerbung von Hugenotten zur „Peublierung" entleerter ländlicher Räume in Preußen dienen. Die Bundesländer könnten eine stärker föderale und an Dezentralisierung orientierte Einwanderungspolitik mitgestalten und dabei Anreize für die Zuwanderung in strukturschwache Städte und Regionen setzen. Dafür könnten spezielle Förderprogramme für die Existenzgründung und Beschäftigung von Zugewanderte in solchen Regionen aufgelegt werden, die über einen Fachkräftebedarf z.B. in Handwerks- und Pflegeberufen verfügen. Auch die Förderung von Wohneigentum könnte einen Beitrag leisten. „Wohneigentum ist in ländlichen Räumen nicht nur viel verbreiteter als in Großstädten, sondern es stärkt auch die Bindung von Zugezogenen an den Wohnort. Ländlich-kleinstädtische Siedlungsformen mit Haus und Hof, Werkstätten, Läden, Garagen und Gärten eröffnen besondere bauliche Freiräume für selbstständige Handwerker oder Gewerbetreibende. Diese Freiräume sind in den boomenden Metropolen immer weniger zu finden", sagt Kühn.

Ankunftsquartiere in Großstädten

Auch im Umgang mit Ankunftsquartieren sind neue Entwicklungen zu beobachten. Lange Zeit galten Stadtteile wie Berlin-Kreuzberg, Köln-Mühl-

heim oder Essen-Katernberg vor allem als „Problemfälle“. Hohe Fluktuationsraten, niedrige Einkommen und hohe Transferabhängigkeit der Gebietsbevölkerung wurden als Symptome einer Abwärtsspirale gesehen, der mit einer Aufwertung der Gebiete und besserer sozialer Durchmischung entgegen gearbeitet werden sollte. Zusehends setzt sich allerdings eine Perspektive durch, die darauf abzielt, die Integrationsleistungen anzuerkennen, die diese Gebiete für die Gesamtgesellschaft übernehmen (siehe Seite 7). Sozialwissenschaftler/-innen und Kommunalvertreter/-innen fordern, die überdurchschnittlichen Belastungen von Ankunftsquartieren durch eine deutlich aufgestockte und ressortübergreifende Förderung auszugleichen.

Gentrifizierung und Marginalisierung in den Städten

Die Polarisierung von Städten wird allerdings nicht allein durch die zunehmende Konzentration einkommensschwacher Haushalte voran getrieben, sondern auch – sozusagen „von oben“ – durch die Entwicklung und Ausbreitung von Inseln des Wohlstands befördert. Gentrifizierungsprozesse sind so von einer Randerscheinung zum „Mainstream“ der Stadtentwicklung geworden, der weite Teile der Innenstädte erfasst hat. Problematisch ist die Aufwertung dieser Gebiete auch vor allem deswegen, weil es sich häufig um Quartiere handelt, die in der Vergangenheit bezahlbaren Wohnraum für untere und mittlere Einkommensschichten vorhielten. Mit steigenden Mietpreisen gehen diese Rückzugsräume verloren und marginalisierte Haushalte werden zusehends in bereits in hohem Maße von Armut geprägte Gebiete verdrängt. Traditionell trifft das in Deutschland häufig auf migrationsgeprägte Altbaugebiete sowie auf periphere Großwohnsiedlungen am Stadtrand zu. Aktuell geraten traditionelle Armutsgebiete in den Fokus von Gentrifizierungsprozessen, und es kommt zu einer Verdrängung einkommensschwacher Haushalte. Spiegelbildlich steigen die Armutsquoten an den Rändern der Städte (siehe Seite 10). In der Summe steht so ein wachsender Reichtum im Zentrum einer zunehmenden Armut am Rand gegenüber.

Mehr Ressourcen für benachteiligte Räume!

Wie kann die Politik dem begegnen? In der Tat gehört der Umgang mit problembehafteten Quartieren spätestens seit der Einführung des Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 zum Alltagsgeschäft vieler deutscher Städte. Auch der Umgang mit Aufwertungsprozessen ist seit langem Thema der Stadtplanung. Mit Mitteln der Städtebauförderung oder mit der Ausweisung von Milieuschutzgebieten wurde seit Jahrzehnten der Aufwertung innenstadtnaher Wohnquartiere und der Verdrängung einkommensschwacher Haushalte entgegen gearbeitet.

Nichtsdestotrotz belegt eine aktuelle Studie Mit dem Titel „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) eine wachsende sozialräumliche Spaltung. Arme Menschen leben in deutschen Städten zunehmend konzentriert in bestimmten Wohnvierteln. Insbesondere in ostdeutschen Städten ist die Dynamik, mit der sich Segregationsprozesse in den letzten Jahren entfaltet haben, „historisch beispiellos“. Diese Situation zeigt deutlich, dass die bisher angewandten Quartiersansätze nicht in der Lage sind, den Entwicklungen auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten wirksam entgegen zu arbeiten. In nahezu allen Großstädten werden deshalb aktuell neue Ansätze gesucht, die auf eine stärkere gesamtstädtische Intervention setzen. Die Bandbreite der Vorschläge reicht dabei von der Stärkung kommunaler Wohnungsunternehmen und der Einführung einer „Neuen Gemeinnützigkeit“ über die Verschärfung mietrechtlicher Regularien, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus bis hin zu einer Reform arbeitspolitischer Instrumente. Die Einforderung eines „Rechts auf Stadt“ ist zum zentralen Anliegen vieler Bürgerinitiativen geworden, das auch in der Politik auf gewachsene Aufmerksamkeit stößt.

Die bisherigen Forschungen des IRS weisen darauf hin, dass peripherisierte Räume allein nicht in der Lage sind, eine Trendwende zu erreichen, da sie typischerweise mit den größten Problemen konfrontiert, aber mit den geringsten Ressourcen ausgestattet sind. Gerade benachteiligte Räume brauchen mehr Ressourcen, um die Probleme strukturell anzugehen zu können. Deshalb sind neue sozialstaatliche Politiken gefragt, welche die Rahmenbedingungen auf der Makroebene verbessern und den Umgang mit neuen Prozessen der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten durch Wissenstransfer unterstützen.

KONTAKT:

Dr. habil. Matthias Bernt
Tel. 03362 793 275
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Matthias Bernt ist Senior-Wissenschaftler in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Er forscht zu städtischen Regenerierungsstrategien unter Bedingungen der Schrumpfung sowie im Zusammenhang mit Migration. Er arbeitet außerdem zu städtischen Wohnungsmärkten, Wohnungsmarktpolitik, Gentrifizierung und sozialer Polarisierung.

Dr. Manfred Kühn
Tel. 030 58 63 20 238
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Manfred Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Abteilungsleiter der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Er forscht zu städtischen Regenerierungsstrategien, Peripherisierung sowie zur Rolle von Klein- und Mittelstädten in der Raumentwicklung. Seit 2018 leitet er das DFG-geförderte Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“

Wie reagieren Städte auf Zuwanderung?

Regenerierung, Ungleichentwicklung und die Leistung migrationsgeprägter Nachbarschaften

Durch die starke Fluchtmigration in den Jahren 2015 und 2016 wurde deutlich, wie unterschiedlich deutsche Städte mit Fragen von Migration und Integration umgehen. Während es in einigen Städten zu xenophoben und rassistischen Ausschreitungen kam, baten andere Städte, darunter große, mittlere und kleine Städte, darum, dass ihnen mehr Flüchtlinge zugeteilt werden. Die Reaktionen der Gesellschaft bewegten sich zwischen praktizierter Willkommenskultur und Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Fast schien es, als spaltete keine Frage die Gesellschaft so sehr, wie die, wie man mit Migration umgehen sollte.

Wie gehen die Städte mit Einwanderung und migrationsbedingter Vielfalt um? Wann wird Migration Anlass zu städtischer Regenerierung, wann vergrößert sie vorhandene oder neue Problemlagen? Die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Spannungsfeldes stand im Zentrum des Leitprojektes „Urbane Regenerierungspraxen, Zuwanderung und die Produktion sozialräumlicher Ungleichheiten in europäischen Städten (UrbanReg)“ (2015-2018) der IRS-Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Konkret ging es darum, wie europäische Städte mit den Anforderungen von Migration und Integration umgehen, ob die neu entstehende Vielfalt vorhandene sozialräumliche Ungleichheiten verstärkt oder ihnen entgegenwirkt, und welche migrationsgeprägten Räume sich herausbilden.

Die wissenschaftliche Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Stadtentwicklung und Migration ist ein komplexes Unterfangen. Forschende müssen berücksichtigen, dass Städte auf unterschiedliche Weise in internationale Migrationswege und -netzwerke eingebunden sind und sich unterschiedlich zu Migration positionieren. Sie müssen bei der Betrachtung von Fallbeispielen die gesamtstädtische Ebene im Blick haben, um die Disparitäten zwischen Stadtquartieren zu erkennen. Schließlich verdienen insbesondere die migrationsgeprägten Quartiere eine vertiefte Betrachtung: Von ihnen gibt es typischerweise nur wenige pro Stadt, sie übernehmen aber wichtige Integrationsleistungen für die Gesamtstadt.

Die Mehrzahl der Städte in Europa wollte in den vergangenen Jahren neue Einwohner gewinnen, konnte allerdings nur versuchen, diese durch indirekte Maßnahmen anzuziehen. Zur Anziehung neuer Bewohnerschaft standen ihnen „weiche Instrumente“, wie etwa die Errichtung von besonderen Wohangeboten für Besserverdienende, international ausgerichtete Studienprogramme oder eine Festivalisierung ihrer Stadtkultur zur Verfügung. Mehrheitlich hofften die Städte auf Neuankömmlinge oder Besucher mit Ressourcen (seien es Kapital oder Bildung) und ließen sich zur Erreichung dieser Gruppen von den wirtschaftsnahen Ressorts in der Stadtverwaltung unterstützen. Gleichzeitig standen sie vor der Herausforderung, vor Ort mit der vorhandenen Mischung an alteingesessener und hinzugekommener Bevölkerung umzugehen. Dabei mussten sie nationale Regularien zur Einwanderung umsetzen, zum Beispiel durch die Aufnahme von Geflüchteten.

Hinsichtlich der Haltung gegenüber den tatsächlich ankommenden Migrant/-innen verläuft in Europa inzwischen eine wichtige Verwerfungslinie nicht zwischen ärmeren und reicheren oder kleineren und größeren Städten, sondern vielmehr zwischen Städten mit und ohne Migrationserfahrung; oder auch zwischen Städten mit einer starken migrationsbedingten Vielfalt und solchen ohne. Auch sind es weniger die Zahlen, sondern vielmehr die Qualität der Kombination von präsenter und hinzukommender Bevölkerung, die den Ausschlag dafür zu geben scheinen, wo Städte im Hinblick auf Migration und Integration stehen.

In Deutschland ist der Umgang vieler Kommunen und Städte mit der migrationsbedingten und kulturellen Vielfalt lange geübt, zum Beispiel durch institutionalisierte Instrumente wie Integrationskonzepte, Migrationsbeiräte und interreligiösen Dialog, häufig auch in konflikthafter Form.

In einigen – überwiegend, aber nicht nur westdeutschen – Städten existieren Quartiere, die klar durch Migration geprägt sind und wo migrantische Ökonomien und kulturelle Innovationen zu einem Anziehungspol für den Tourismus geworden sind, wie etwa das migrantisch geprägte Berlin Kreuzberg. Translokale und -nationale Netzwerke sorgen außerdem dafür, dass weitere Zuwanderer kommen, und die Städte sich international vernetzen. Auch stellt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (das heißt, eine Person oder mindestens ein Elternteil wurde mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren) seit Kurzem in einzelnen Großstädten die Einwohnermehrheit, so etwa in Frankfurt am Main. Unter den jüngeren Jahrgängen ist dies vielerorts schon länger der Fall. Der Zuzug weiterer Migrant/-innen hat das Potenzial, soziale und räumliche Polarisierung zu verschärfen: Während einerseits viele Geflüchtete wie auch Arbeitsmigranten in Niedriglohnverhältnissen und Transferabhängigkeit gefangen sind und zum Teil räumlich konzentriert leben, nimmt auch die Zuwanderung Hochqualifizierter und eher vermögender Haushalte in die Städte zu, wobei sie zu Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen in Stadtquartieren beitragen kann.

In ihrem Leitprojekt nahm die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ vier Städte in den Blick: Bremen, Genua, Leipzig und Manchester. Alle vier Städte verfügen über prononcierte Regenerierungsstrategien und einen relativ hohen Anteil an Migrationsbevölkerung. Sie sind jedoch in verschiedenen nationalen Planungssystemen beheimatet und stehen jeweils für eine bestimmte Migrationsgeschichte: Bremen steht für den Typus der durch Gastarbeitermigration geprägten westdeutschen Großstadt. Leipzig hingegen war in das Vertragsarbeitersystem der DDR eingebunden und erlebte nach 1990 die stärkste Einwanderung aller ostdeutschen Großstädte. Manchester weist eine Vielzahl ethnischer Communities auf, die seit der Kolonialzeit zur britischen Gesellschaft gehören und zur Herausbildung einer minderheitenbasierten Politik beitrugen. Genua steht für viele Städte in südeuropäischen Ländern, die in jüngerer Zeit starke Einwanderung aus

Nicht-EU-Ländern (aus Afrika, Asien, aber auch Lateinamerika) erleben. Die vier Städte wurden in der Perspektive einer migrationsbezogenen Stadtentwicklungspraxis (migration-led regeneration) unter die Lupe genommen. Sichtbar wurden dabei unterschiedliche Ausprägungen einer lokalen Governance der Migration, die sich in den Städten seit etwa einer Dekade als Ergebnis von migrationsbezogener Politik und alltäglicher Praxis herausgebildet hat.

Zu den zentralen Befunden des Leitprojekts gehörte, dass die beiden deutschen Städte relativ stark auf formale integrationspolitische Maßnahmen zurückgriffen. Die Initiative des Handelns ging vielfach von Politik und Verwaltung aus („top down") , wobei man vor allem in Westdeutschland auf viele Jahre der Vorarbeit mit der Zivilgesellschaft zurückgreifen konnte. Beide Städte betonten in ihren Programmen eher die positiven Seiten eines Mehr an Vielfalt und sie setzten eine Reihe von stadtpolitischen Instrumenten ein. Dazu zählen Programme für internationale Studierende, Wohnangebote für Hochqualifizierte, stadtteilbasierte Integrationsprogramme, die interkulturelle Öffnung der Stadtbehörden und die Unterstützung von Migrationsbeiräten und Migrantenselbstorganisationen. Sie halten außerdem eine Reihe von Sozialprogrammen für die marginalisierte Bevölkerung vor.

Am Beispiel von Bremen Gröpelingen zeigte sich deutlich die Janusköpfigkeit von sogenannten Ankunftsquartieren: Sobald ein Stadtteil immer wieder Neuankömmlinge aufnimmt, hält er zwar leichter die zur Erstintegration benötigte Infrastruktur bereit, kann aber unter Umständen die Bewohnerschaft nicht langfristig in seine Entwicklung einbinden. Die Stadtteile laufen Gefahr zum „Durchlauferhitzer" zu werden, deren Integrationsleistung von der restlichen Stadt nicht mehr gewürdigt wird. Gröpelingen ist ein Beispiel dafür, wie innerstädtische Ungleichentwicklung über Jahrzehnte stabil bleiben kann – und wo die Leistung von zahlreichen proaktiven Integrationsprogrammen darin bestehen kann, ein einmal erreichtes Niveau zu halten. Vorhandene Segregationslinien blieben in Gröpelingen bestehen. Der „Integrationserfolg" wird oft erst später in anderen Stadtteilen sichtbar, nämlich dort, wo die „erfolgreichen" Migrant/-innen dann hingezogen sind.

Der anderen deutschen Untersuchungsstadt Leipzig gelang es durch ihre starke Universitätslandschaft und durch günstigen Wohnraum überproportional viele junge Menschen anzuziehen, teils aus Deutschland (Binnenmigration) und teils aus dem europäischen Ausland. Im Fall Leipzigs verstärkten sich vorhandene Ungleichheiten mit der Fluchtmigration zum Beispiel in der Großwohnsiedlung Grünau. Die Siedlung transformierte sich zu einem Ankunftsquartier, weil hier bezahlbarer Wohnraum verfügbar war und für die hinzukommenden Flüchtlinge zur Verfügung stand.

Die in deutschen Städten relativ ähnliche Vorgehensweise im Umgang mit Migration durch Stadtpolitik und Stadtplanung kontrastiert auffällig mit den Steuerungsansätzen in den ausgewählten internationalen Fallbeispielen. Dort waren viel stärker die Aktivitäten der Zivilgesellschaft vor Ort maßgeblich („bottom up"), während eine maßgeschneiderte gesamtstädtische Strategie fehlte. Diversität wurde von den Stadtverwaltungen jeweils dann akzeptiert, wenn sie in die Marketingstrategien der Stadt passte. In Stadtteilen wie Longsight in Manchester oder in einigen Straßenzügen der Altstadt von Genua dominierten migrantische Ökonomien, die, in Wechselwirkung mit einer Laisserfaire Politik, bereits vorhandene Segregation verstärkten. Vonseiten der Stadtverwaltungen wurden solche vorhandenen migrationsbezogenen Marginalisierungstendenzen eher ausgeblendet. Entweder geschah dies, indem man keine speziellen Stadtentwicklungsansätze vorhielt, sondern – im Gegenteil – im Zuge der Austeritätspolitik die vorhandenen Maßnahmen abschaffte (Manchester). Oder die Verwaltung hielt höchstens punktuelle Programme vor, die weitgehend durch die Aktivitäten der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen und am Leben gehalten wurden (Genua).

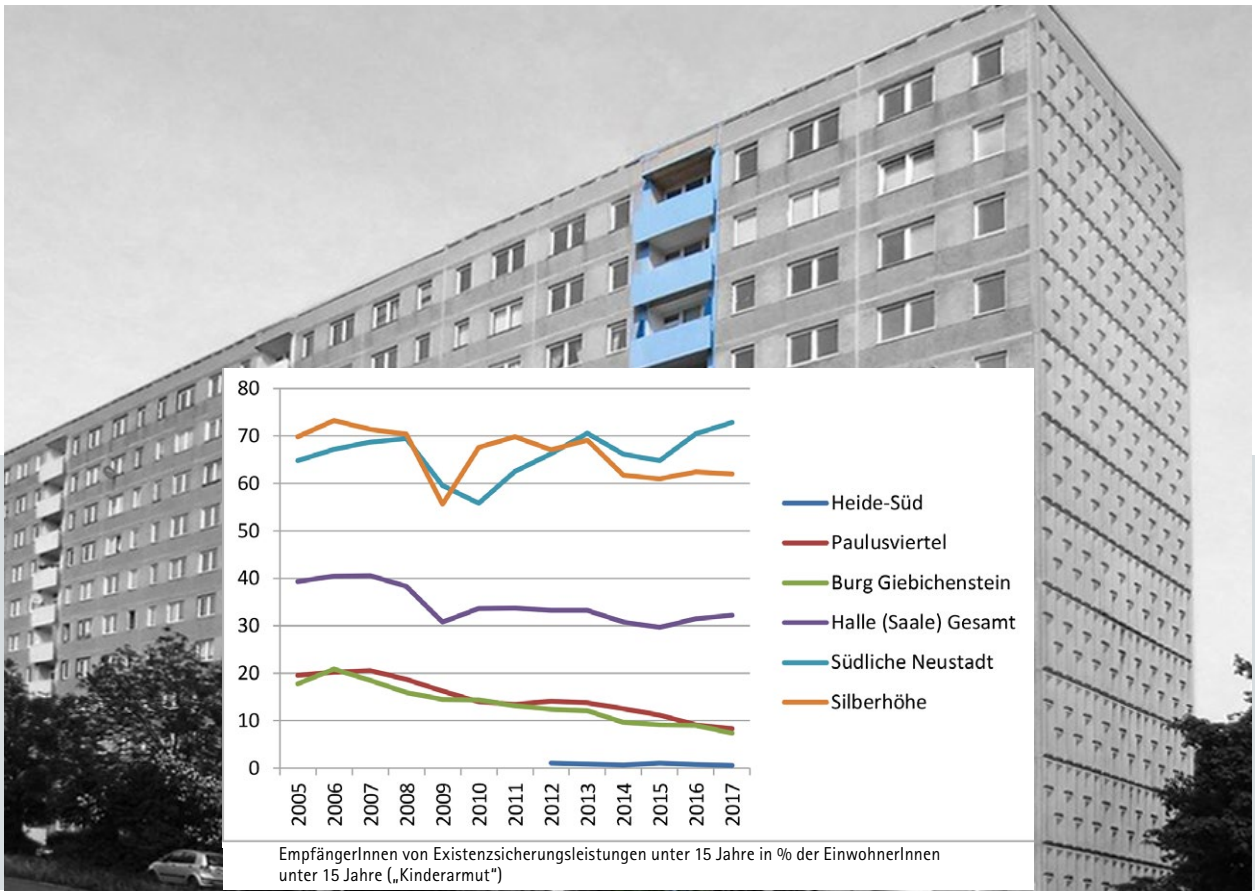
Verstärkt wurde die vorhandene Segregation in beiden Städten durch die Wohnpolitik und das Verhalten der Vermieter: Im Fall des britischen Beispiels verdrängten die Wohnprogramme für die Mittelschichten die ethnischen Minderheiten aus den bis dahin noch bewohnten Nachbarschaften. Im Fall des italienischen Beispiels erfolgte eine Verstärkung der sozialräumlichen Ungleichheit dadurch, dass in der Altstadt verfügbarer Wohnraum vor allem in den unteren dunklen Geschossen der Palazzi an die Migranten vermietet wurde.

In allen vier Städten verstärkten sich Ungleichheiten jeweils in den Quartieren, die bereits Disparitäten aufwiesen. Wer oder was in der Stadtgesellschaft als Problem wahrgenommen wurde – die Ankunftsquartiere, die Migrant/-innen oder die Ungleichheit – hing an den jeweiligen Problemzuschreibungen in den Medien, aber auch daran, inwieweit die Stadtpolitik und die Zivilgesellschaft sich um Gegenentwürfe bemühten.

KONTAKT:

Prof. Dr. Felicitas Hillmann
Tel. 03362 793 230
felicitas.hillmann@leibniz-irs.de

Felicitas Hillmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten" und Professorin für das Fachgebiet „Transformation städtischer Räume im internationalen Kontext" an der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungen richten sich unter anderem auf internationale Migration im Kontext städtischer Transformationen. Sie ist in der Forschung und der Politikberatung zu Strategien des Umgangs mit migrationsbedingter Vielfalt aktiv.



EmpfängerInnen von Existenzsicherungsleistungen unter 15 Jahre in % der EinwohnerInnen unter 15 Jahre („Kinderarmut")

An den Rand gedrängt – Polarisierung in Halle an der Saale

Arme Menschen leben zunehmend konzentriert in bestimmten Wohnvierteln. Das ist das klare Ergebnis einer Serie von Studien, die das IRS seit 2012 in der sachsen-anhaltinischen Großstadt Halle an der Saale durchgeführt hat. Im Auftrag der Stadtverwaltung wurden dabei jeweils für die Jahre 2011, 2014 und 2017 kommunale statistische Daten ausgewertet, um kleinräumige Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung von Wohnquartieren zu identifizieren. Im Vordergrund der Analyse stand dabei zum einen die Frage, ob bestimmte Teilgebiete Halles in besonderem Maße durch soziale Problemlagen geprägt sind. Zum anderen wurde untersucht, ob der Abstand zwischen diesen Gebieten und dem Durchschnitt Halles zurückgeht oder wächst.

In der Auswertung der Daten wurden zwei statistische Verfahren eingesetzt: das gestufte Verfahren zur Indexberechnung und die aus der Wirtschaftsgeographie stammende Methode der Trendanalyse. Auf dieser Basis wurden drei Gruppen von Indizes errechnet, welche den Status und die Entwicklung einzelner Quartiere im Vergleich abbilden.

Ein zentrales Ergebnis dieser Analyse ist, dass die Sozialstruktur in den unterschiedlichen Teilen der Stadt immer weiter auseinanderrückt. Dabei verschärfen sich Problemlagen vor allem in den Gebieten, die bereits hohe Konzentrationen von sozial schwachen Bewohner/-innen aufweisen. Dies betrifft vor allem die Plattenbauquartiere Neustadt, Silberhöhe und Heide-Nord. Gleichzeitig sinken die Anteile von Transferempfängern in locker bebauten Gebieten wie Kröllwitz, Dautzsch oder Heide-Süd, aber auch in den gentrifizierten Stadtteilen Paulusviertel und Burg Giebichenstein. Hier kommt eine bereits niedrige Problemintensität mit einer positiven Entwicklungsdynamik zusammen.

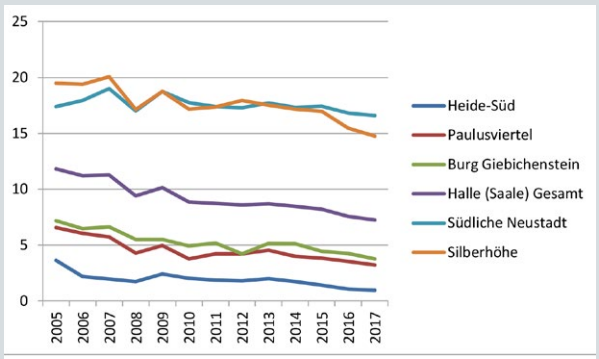
Diese Entwicklung lässt sich anhand der Indikatoren „Arbeitslose", „Kinderarmut" und „Aufstocker" illustrieren (siehe Grafiken)

Folgende Entwicklungen sind dabei deutlich zu erkennen: Erstens sinkt in allen Stadtteilen Halles sowie in der Gesamtstadt die Zahl von Arbeitslosen. Allerdings kommt diese Entwicklung sehr unterschiedlich in den Stadtteilen an. Während es beispielsweise in Heide-Süd kaum Arbeitslose gibt (2017: 0,97 %), sind in den Plattenbaugebieten etwa ein Sechstel aller 15- bis 65-Jäh-

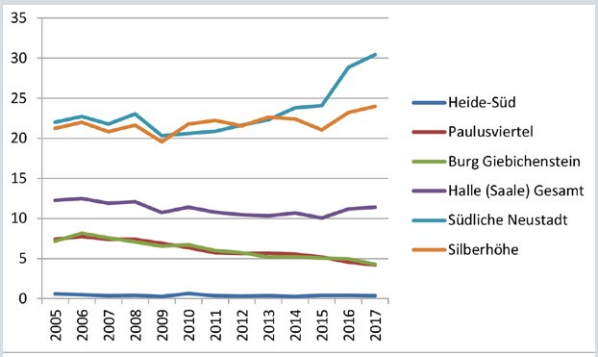
Eine ähnliche Entwicklung lässt sich zum Dritten in Bezug auf „Kinderarmut“ feststellen. Auch hier erreichen die Plattenbaugebiete Spitzenwerte von 60 bis 70 %, während die Anteile in den gentrifizierten Innenstadtgebieten kontinuierlich zurückgegangen sind. In wohlhabenden Vororten existiert dieses Problem kaum.

Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung? In qualitativen Untersuchungen im Leitprojekt „Stadtpolitiken im Umgang mit Peripherisierung“ (2012-2014) sowie in drittmittelbasierten Forschungen der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ konnte eine Reihe von Makrotrends identifiziert werden, die die Verarmung der Hallenser Großwohnsiedlungen befördern. Hierzu zählt zum einen die Gentrifizierung innenstadtnaher Gebiete. Wie sich in den Grafiken zeigt, hat die bauliche Aufwertung hier eindeutig zu einer Verdrängung sozial schwacher Gruppen geführt, die sich das Wohnen in der Innenstadt immer weniger leisten können und an den Rand der Stadt gedrängt werden. In den Großwohnsiedlungen ist dies mit einer Privatisierung von Wohnungsbeständen an Finanzinvestoren einhergegangen. Hier hat sich ein „Hartz IV-Geschäftsmodell“ herausgebildet, in dem Investoren eine Rendite aus der Vermietung von Wohnungen zu Niedrigmieten an Transferleistungsempfänger erwirtschaften. In den letzten Jahren wurde diese Entwicklung durch den Zuzug von Flüchtlingen intensiviert: Vor allem in den Armutsgebieten der Stadt sind die Anteile von Einwohnern mit ausländischer Staatsbürgerschaft beträchtlich gestiegen. Im Plattenbaustadtteil Südliche Neustadt beispielsweise von 10,1 % (2005) auf 28,3 % (2017) der Einwohner. Da die Mehrzahl der Geflüchteten arbeitslos ist, führt dies zu einer weiteren Verarmung.

In der Summe lassen sich in Halle (Saale) also Entwicklungen beobachten, die klar im Widerspruch zu dem vielfach beschworenen Leitbild der „sozialen Mischung“ stehen. Die tatsächliche Entwicklung lässt sich eher als Polarisierung beschreiben, in der die Lebensrealitäten und Lebenschancen der Bewohner/-innen unterschiedlicher Stadtteile immer weiter auseinanderrücken.



Arbeitslose (SGB II und III) in % der 15-65 Jährigen



Nicht-arbeitslose Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der Einwohner

rigen arbeitslos. Die Zahl der Arbeitslosen ist auch hier zurückgegangen – aber der Abstand zur Gesamtstadt bleibt groß.

Zweitens geht die Schere zwischen den Stadtteilen in Bezug auf „Nicht-arbeitslose Empfänger/-innen von Existenzsicherungsleistungen“, umgangssprachlich „Aufstocker“ genannt, deutlich auseinander. Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Personen, die zwar erwerbstätig sind, aber so niedrige Löhne beziehen, dass sie einen Anspruch auf Aufstockung durch das Jobcenter haben. In der Gesamtstadt trifft dies auf 10-12 % der Einwohner/-innen zu, was im Vergleich zum deutschen Durchschnitt bereits ein sehr hoher Wert ist. In der südlichen Neustadt sind es jedoch über 30 %! Aus dem Arbeitslosigkeitsproblem der frühen 2000-er Jahre ist hier zusehends ein Niedriglohnproblem geworden. In den Gentrifizierungsgebieten hingegen gehen diese Anteile zurück, während es in Heide-Süd dieses Problem faktisch nicht gibt.

KONTAKT:

Dr. habil. Matthias Bernt
Tel. 03362 793 275
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Matthias Bernt ist Senior-Wissenschaftler in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Er forscht zu städtischen Regenerierungsstrategien unter Bedingungen der Schrumpfung sowie, in jüngerer Zeit, in Zusammenhang mit Migration. Er arbeitet darüber hinaus zu städtischen Wohnungsmärkten, Wohnungsmarktpolitik, Gentrifizierung und sozialer Polarisierung.

Anne Volkmann ist Stadt- und Regionalplanerin. Sie promoviert an der TU Dortmund zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Daseinsvorsorge und räumlichen Verwirklichungschancen". In ihrer im Sommer 2018 eingereichten Dissertationsschrift diskutiert sie die theoretisch-normativen Bezüge gleichwertiger Lebensverhältnisse im Kontext einer politischen Neuinterpretation des raumordnungspolitischen Postulats.

Ein Debattenbeitrag von Anne Volkmann

Gleichwertige Lebensverhältnisse? Gleiche Verwirklichungschancen!

Nachdem die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" Ende September 2018 nach einiger Verzögerung ihre Arbeit aufgenommen hat, gewinnt das zuletzt etwas konturlos gewordene raumordnungspolitische Postulat selben Namens wieder an öffentlicher Aufmerksamkeit. Diese neue Debatte bietet die Chance, eine wirksame Antwort auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft auch entlang räumlicher Dimensionen zu finden – wenn die Akteure bereit sind, sich auf neue Denkansätze einzulassen. Genau diese neuen Denkansätze waren Gegenstand meiner Dissertation an der TU Dortmund.

Gleichwertige Lebensverhältnisse wurden bisher vorrangig an einer räumlich gleichmäßigen Verteilung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen bemessen. Dieser damit in den 1970-er Jahren verbundene normative Kern einer räumlichen Chancengerechtigkeit wurde jedoch seit den 1980-er Jahren zunehmend in Frage gestellt. Als Manifestation eines sich grundsätzlich wandelnden Wohlfahrtsstaates wurde die gleichmäßige Verteilung der Mittel, unter der Maßgabe einer verstärkten Wettbewerbsorientierung, zunächst kritisiert und dann auch zurückgeschraubt. Statt einer Angleichung der räumlichen Lebensverhältnisse „nach oben" steht seitdem eine Mindestausstattung mit Daseinsvorsorge und Infrastruktur zur Diskussion – und somit faktisch eine Untergrenze der zumutbaren Lebensverhältnisse.

Eine politische Konzeption von Gleichwertigkeit verstanden als Gleichheit von Verwirklichungschancen kann, so meine These, einer gesellschaftlichen Spaltung entlang räumlicher Trennungslinien entgegenwirken.

Die aktuellen politischen Spaltungstendenzen und die zunehmend populistischen Stimmen im „Heimat"-Diskurs machen jedoch deutlich, dass ein Gefühl des Abgehängt-Seins nicht allein dadurch bekämpft werden kann, ein Minimum an öffentlicher Daseinsvorsorge – wie etwa Schulbildung und Sicherheit von Leib und Leben – zu gewährleisten. Eine integrierte Gesellschaft erfordert die Gewährleistung individueller Verwirklichungsmöglichkeiten, sowohl in Großstädten unter Wachstumsdruck als auch in peripheren Regionen. Nach Frank Nullmeiers Konzeption von Sozialstaatlichkeit ist Integration auf gesellschaftlicher Ebene dann erreicht, wenn Individuen ihre eigene gesellschaftliche Position, wie auch die anderer, weitgehend ohne Neid anerkennen können. Diese gegenseitige soziale Wertschätzung zu gewährleisten, ist Ziel und Legitimation des Sozialstaates. Für die Raumordnungspolitik als eine Umsetzungsebene des Sozialstaates ist dies ein äußerst anspruchsvolles Ziel. Andererseits eröffnet sich damit angesichts ausdifferenzierter Lebensrealitäten und räumlicher Dynamiken der Freiraum, sich vom Diktum der Gleichheit in der Mittelausstattung zu lösen

und mehr in Richtung individueller Verwirklichungschancen zu denken.

Eine politische Konzeption von Gleichwertigkeit verstanden als Gleichheit von Verwirklichungschancen kann, so meine These, einer gesellschaftlichen Spaltung entlang räumlicher Trennungslinien entgegenwirken, einen nachhaltigen, gerechten wie auch differenzierten Mitteleinsatz begründen und dazu beitragen, dass der Diskurs nicht populistischen, diskriminierenden und extremistischen Kräften überlassen wird. Sie ist daher besser geeignet, eine sozial-räumliche Integration herzustellen als eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die sich an räumlichen Ausstattungsmerkmalen bemisst.

Verwirklichungschancen sind dem Befähigungsansatz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen entlehnt. Dieser fragt danach, welche Möglichkeiten einem Menschen im Leben tatsächlich offenstehen, welche Lebensziele erreichbar sind und welche Wahlfreiheiten dabei bestehen. Es sind nicht allein die verfügbaren Mittel entscheidend (z.B. Daseinsvorsorgeeinrichtungen oder Geld), sondern die Befähigung, diese Mittel entsprechend der eigenen Lebensziele zu nutzen. Befähigung wiederum, hängt ab von Persönlichkeitsmerkmalen, geographischen und räumlichen Rahmenbedingungen (z. B. Topographie, ÖPNV-Anbindung) und sozialen und gesellschaftlichen Faktoren (z. B. soziale Netzwerke). Wenn der Fokus auf der Befähigung zur Verwirklichung liegt, lassen sich Lebensverhältnisse differenzierter beurteilen als allein anhand des räumlichen Ausstattungsgrades bei der Daseinsvorsorge.

Wie können gleiche Verwirklichungschancen im Kontext der Politik gleichwertiger Lebensverhältnisse hergestellt werden? Dies erfordert differenzierte Instrumentarien für unterschiedliche Zielgruppen in unterschiedlichen räumlichen Settings. Nicht die Räume sondern die Personen in den Räumen werden zum Gegenstand der Politik. Wenn die Abwesenheit von sozialem Neid als Maßstab der Politik gelten soll, muss jede gesellschaftliche Position potenziell auch für jeden erreichbar sein. Ist z. B. ein Hochschulstudium aufgrund eines peripheren Wohnortes und damit einhergehender Angebotslücken in der (höheren) Bildung nicht ohne weiteres realisierbar, muss evaluiert werden, welche Mittel und welche Befähigungen fehlen um dieses Ziel doch erreichen zu können. Es geht dann darum, zielgruppen- und raumspezifische Instrumentarien zu finden, die zur Realisierung des Ziels beitragen. Fehlen beispielsweise Daseinsvorsorgeangebote vor Ort, dann bieten sich unter Umständen individuelle Unterstützungsleistungen zur Kompensation an. Das Spektrum der Instrumentarien geht damit über den engen Bereich der Raumordnung hinaus.

Insbesondere Instrumente im Bereich der Finanz- und Sozialpolitik spielen eine bedeutsame Rolle bei der Realisierung gleicher räumlicher Verwirklichungschancen und sollten noch stärker in den Kontext räumlich gleichwertiger Lebensverhältnisse gestellt werden. Dies gilt vor allem für die individuellen bzw. zielgruppenspezifischen Instrumente (wie etwa Steuerabschreibungen, Zuschüsse, Familienleistungen). Das Ziel sollte darin bestehen, im Zusammenspiel von regional spezifischen räumlich-strukturellen Angeboten mit individuell differenzierten Kompensations- und Unterstützungsleistungen gleiche Verwirklichungschancen für jede einzelne Person zu gewährleisten.

Für die Raumordnungspolitik bietet sich in dieser Aushandlung die Chance, den Blick von einer raumstrukturellen hin zu einer sozialräumlichen Perspektive zu weiten, indem nicht Räume sondern Menschen in Räumen zum Adressaten gleichwertiger Lebensverhältnisse werden. Raumbezogene Maßstäbe der Verwirklichung und Instrumente zu deren Realisierung müssen dennoch ausgehandelt werden. Aktuelle Überlegungen zur Ausrichtung der Daseinsvorsorge an Ergebnis-Indikatoren, wie sie etwa bei der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) geführt werden, sind dafür ein erster Schritt. Aufgrund ihrer starken Normierung eignen sie sich nicht für alle Facetten von Verwirklichungschancen. Soziale Netzwerke oder politische Mitbestimmung lassen sich nicht genauso normieren wie beispielsweise das Rettungswesen.

Eine Voraussetzung für den Zweiklang zielgruppen- und raumspezifischer Instrumentarien sind neue Raumkategorien, die, wie bisher, Strukturindikatoren erfassen, darüber hinausgehend aber auch die jeweils vorherrschenden Verwirklichungschancen integrieren. Gerade durch ihre Verbindlichkeit für die Fachplanungen stellen Raumkategorien ein Bindeglied zwischen sektoraler und territorialer Logik dar. Jens Kersten, Claudia Neu und Berthold Vogel unterbreiteten 2017 mit ihrem „Soziale-Orte-Konzept“ einen innovativen Vorschlag für solche Raumkategorien. In Abgrenzung zum „Zentrale-Orte-Konzept“ stufen sie Kommunen auf Basis des sozialen Zusammenhalts als riskant, resilient oder robust ein. Und auch in der Raumordnung der Länder gibt es erste Ansätze, Räume mit Peripherisierungstendenzen spezifisch zu kategorisieren, wie z. B. die „Ländlichen GestaltungsRäume“ im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommerns.

Die Ausrichtung verschiedener Politikbereiche auf das gemeinsame Ziel gleicher räumlicher Verwirklichungschancen ist ein langwieriger Prozess, der strategische Festlegungen und finanzielle Umverteilung erfordert, sowie hohe Koordinationsanforderungen stellt. Es muss jedoch kein komplett neues Instrumentarium erfunden werden. Vielmehr bietet sich unter dem Dach gleicher räumlicher Verwirklichungschancen die Möglichkeit, bestehenden Instrumenten in der Raumordnung, der Finanzpolitik, den Fachplanungen und der Sozialpolitik eine neue übergreifende Perspektive zu geben, sie miteinander zu verschränken und zielgerichtet weiterzuentwickeln.

KONTAKT
Anne Volkmann
Tel. 03362 793 156
anne.volkmann@leibniz-irs.de

Die Dörfer sterben nicht überall:
Beobachtungen in vier europäischen Ländern

Es kann einem wie ein Naturgesetz vorkommen, dass ländliche Räume zunehmend abgehängt werden – infrastrukturell, wirtschaftlich, auch politisch und kulturell. Doch dieser Pauschaldiagnose stehen wichtige Erkenntnisse entgegen: „Peripherisierung" – die sukzessive Verschlechterung von Versorgung und Teilhabechancen in bestimmten Räumen – passiert nicht von selbst. Sie ist ein politisch gestaltbarer Prozess. Und sie geschieht keinesfalls überall gleichartig oder gleich stark. In einer vergleichenden Studie über ländliche Räume in Österreich, Irland, Griechenland und Polen kommen Forscher/-innen des IRS zu dem Ergebnis, dass es in drei der vier untersuchten EU-Länder allenfalls geringe Peripherisierungstendenzen gibt.

Die Peripherie ist kein Ort. Peripher werden Räume dadurch, dass Politik und Verwaltung zentralisiert werden, dass Versorgungsangebote verschwinden und Infrastrukturen, beispielsweise der öffentliche Verkehr, sich zurückziehen oder zurückgezogen werden. So werden politisch, sozial und wirtschaftlich randständige Regionen produziert, deren Einwohner unter einer zunehmenden Machtferne und schlechterem Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Arztpraxen leiden, und deren junge Menschen abwandern. Die Land- und Raumforschung hat einen Begriff für diesen gesellschaftlich verantworteten Prozess gefunden: Peripherisierung. Wie stark ist der ländliche Raum von ihr betroffen?

Freilich gibt es nicht *den* ländlichen Raum. Während viele stadtfern gelegene Landgemeinden Einwohner und Versorgungsangebote verlieren, profitieren die „Speckgürtel" großer Städte von Zuzügen, Infrastrukturausbau und Unternehmensansiedlungen. Auch im europäischen Vergleich scheint die Diagnose „Peripherisierung" nicht ohne weiteres übertragbar zu sein. Darauf deutet etwa die Bevölkerungsentwicklung hin, die im ländlichen Raum der Bundesrepublik negativer ausfällt (-2,6 % zwischen 2011 und 2015) als in ländlichen Regionen aller 15 westlichen EU-Staaten (-0,1 %). Treten die in Deutschland beobachteten Peripherisierungstendenzen also auch in anderen europäischen Ländern auf, wie oft behauptet wird?

Wissenschaftler/-innen der IRS-Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" und der Johannes-Kepler Universität Linz sind dieser Frage im Rahmen des EU-Forschungsprojektes „RurInno" in mehrwöchigen Feldforschungen in Österreich, Irland, Griechenland und Polen nachgegangen. Sie interessierten sich unter anderem für die politische Teilhabe der Landgemeinden, für

den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen und für die verkehrliche Erreichbarkeit. Dabei zeigt sich, dass paradoxerweise ausgerechnet im ländlich geprägten Irland Landgemeinden verringerte politische und soziale Teilhabechancen haben. In den übrigen Untersuchungsländern gab es dagegen kaum Anzeichen für eine Peripherisierung ländlicher Regionen.

Österreich

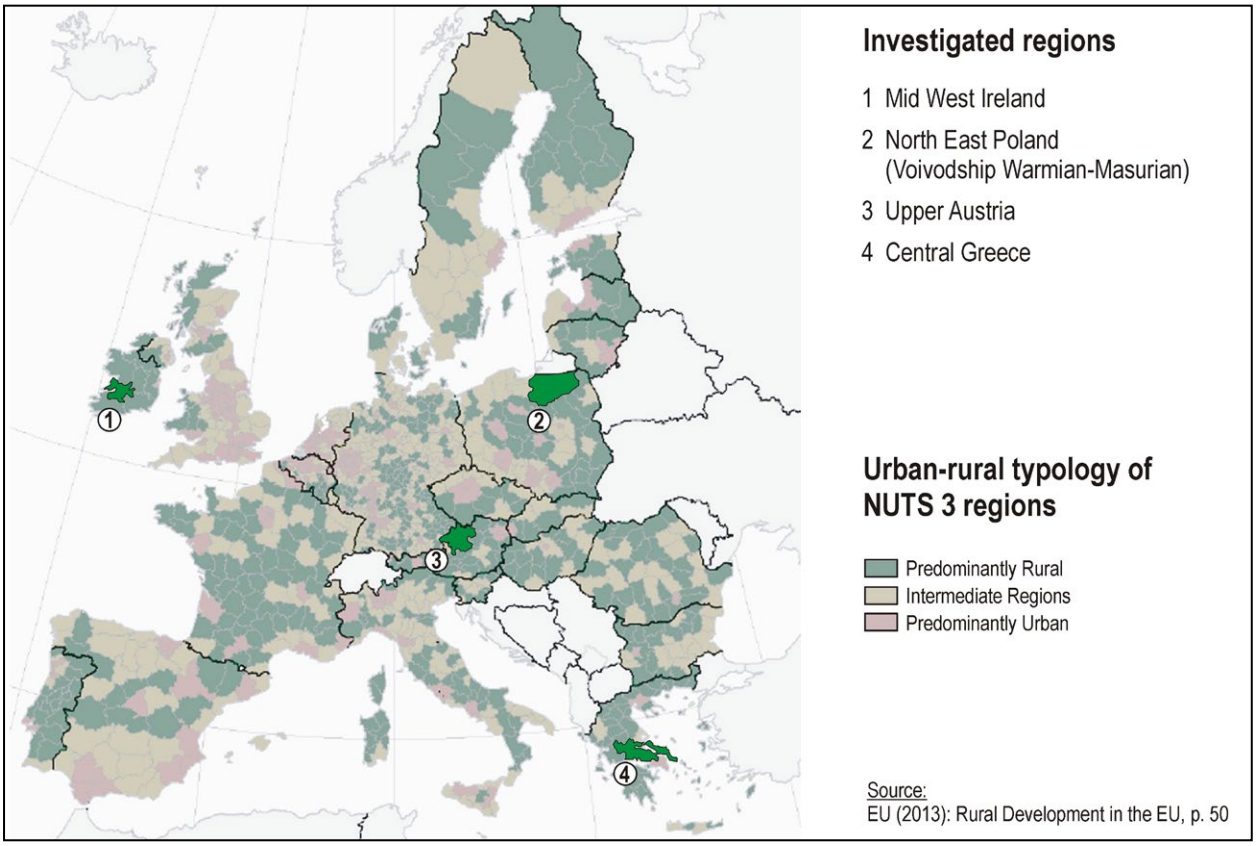
Interviews mit Entscheidungsträgern in Landgemeinden lassen den Schluss zu, dass es in ländlichen Regionen des Nachbarlandes vergleichsweise gute politische Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Eine untersuchte Gemeinde errichtete beispielsweise einen Bildungscampus mit Angeboten von der Grundschule bis zur Berufsausbildung mit Matura. Das Problem des Geschäftesterbens tauchte in Interviews wiederholt auf, deckte sich aber wenig mit den Beobachtungen der Forscher/-innen. Ungenutzte Ladenlokale sind die Ausnahme. Statistische Berichte bestätigen eine im internationalen Vergleich hohe Verkaufsstellendichte, wenngleich die Zahl der Nahversorgungsgeschäfte auch in der Alpenrepublik rückläufig ist. In Hinblick auf die Erreichbarkeit finden wir keine Anzeichen für ein Abkoppeln von Landgemeinden. „Von den vier europäischen Untersuchungsregionen war das ländliche Oberösterreich die einzige, in der wir auf einen Mietwagen verzichten und uns gut mit Bus und Bahn bewegen konnten“, sagt Projektbearbeiter Dr. Ralph Richter. Sicherlich: Auch im ländlichen Österreich wandern junge Leute in die großen Städte ab. In Interviews zeigte sich aber, dass eine Rückkehr, etwa nach dem Ende einer Ausbildung, für viele eine selbstverständliche Option ist.

Irland

Obwohl Irland vergleichsweise ländlich ist, zeigten sich gerade hier deutliche Anzeichen einer Peripherisierung des Landes – und zwar politisch, versorgungsseitig und infrastrukturell. Das politische System des Inselstaates ist stark zentralisiert. Lokale politische und administrative Strukturen fehlen weitgehend. Die Machtferne des „rural hinterland“ ist freilich nicht neu, sondern lässt sich bis in die Zeit der britischen Fremdherrschaft zurückverfolgen. Peripherisierung bedeutet darüber hinaus, dass wichtige Versorgungseinrichtungen wie Postfilialen, Polizeistationen, Bankschalter und selbst Kirchen geschlossen werden. Um den Verfall zu stoppen, kommt es vor, dass leerstehende Kirchen zu Konzerthallen umgewidmet werden. Sinnbildlich für die Randständigkeit vieler irischer Landgemeinden ist schließlich die weitgehende Unerreichbarkeit vieler Orte durch öffentliche Verkehrsmittel. Ohne eigenes Auto sind irische Landbewohner hilflos. Trotzdem ist das Leben auf dem Land für vielen Iren ein ungebrochenes Ideal. Zwar zieht es junge Leute auch hier zum Studieren in die Städte oder ins Ausland, aber spätestens mit der Familiengründung kommen viele aufs Land zurück.

Griechenland

Auch in Griechenland sind Politik und öffentliche Verwaltung zentralistisch organisiert. Die lokale Verwaltung versucht in erster Linie, zentralstaatliche Programme und



Direktiven umzusetzen. Lokale und regionale Entscheidungsträger, die die Forscher/-innen interviewten, waren erstaunlich wenig daran interessiert, selbst zu gestalten. Öffentliche Versorgungseinrichtungen wie Schulen, staatliche Verwaltung und Polizei leiden unter den Kürzungen öffentlicher Ausgaben. „Doch dieser Rückzug betrifft Stadt und Land gleichermaßen und führt nach unserer Beobachtung nicht zum Rückzug aus der Fläche", sagt Richter. An privat betriebenen Geschäften, Bars und Dienstleistungsbetrieben mangelt es in griechischen Landgemeinden ebenso wenig; eher am Geld, diese zu nutzen, wie die oft leeren Geschäfte vor Augen führen. Die Inhaber behelfen sich mit der Beschäftigung von Familienangehörigen und handeln Mietnachlässe aus, die mangels Alternativen auch gewährt werden. Der öffentliche Verkehr stützt sich auf ein gut ausgebautes Bussystem. Auch kleine Ortschaften sind im Linienverkehr erreichbar. Abgesehen von der traditionell zentralistischen Verwaltung, gibt es daher keine Anzeichen für eine verkehrliche Abkopplung ländlicher Regionen. Im Gegenteil, angesichts der wirtschaftlichen Krise erweisen sich ländliche Regionen mit ihrem Tourismus und ihrer Lebensmittelproduktion als Stützen. Landgemeinden profitierten zudem in den letzten Jahren von einer krisenbedingt verstärkten Rückwanderung aus den Städten.

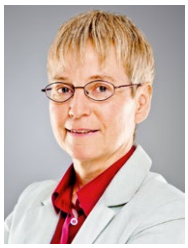
Polen

Im ländlichen Polen begegnete den Forscher/-innen eine gut ausgebaute öffentliche Verwaltung. Der untersuchte Landkreis (powiat) im Nordosten Polens mit seinen rund 32.000 Einwohnern untergliedert sich beispielsweise in vier Gemeinden. Jede davon verfügt über Gemeinderat, Verwaltung und hauptamtlichen Bürgermeister. Der Staat mit seinen vier Ebenen zwischen lokaler und nationaler Ebene ist streng hierarchisch aufgebaut. Aber auch auf der untersten Ebene gibt es Gestaltungsspielräume, etwa in der Bildungspolitik. Einen „Rückzug des Staates aus der Fläche" beobachtete das Forschungsteam auch hier nicht. Im Gegenteil, die nationalkonservative PiS-Regierung betreibt eine eher landfreundliche Politik. Der ländliche Raum gilt ihr als wichtiger Anker polnischer Identität. So wie sich im ländlichen Polen eine gewisse Nähe zwischen Bürgern und Verwaltung erhalten hat, so scheint auch ein dichtes Netz an Schulstandorten fortzubestehen. Auch kleinere Orte verfügen über Grundschulen, wenngleich diese teilweise auf die Unterstützung von Elterninitiativen angewiesen sind. Schließlich besitzt bis heute fast jedes Dorf einen Busanschluss. Allerdings hat es hier in den letzten Jahren Einschnitte gegeben. Gleichzeitig beobachten die Forscher/-innen Bemühungen um eine bessere Anbindung ländlicher Zentren an das Schienen- und Autobahnnetz.

Peripherisierung, wie sie in vielen ländlichen Gebieten Deutschlands stattfindet, tritt im Vergleich von vier europäischen Ländern nur in Irland in ähnlicher Intensität auf. Die genauen Ursachen dafür sind vielfältig und noch nicht vollständig ausgeleuchtet. Für den Moment bleibt festzuhalten, dass ländliche Räume keinesfalls überall in Europa abgehängt werden. Die europäischen Staaten gestalten das Verhältnis von Stadt und Land, von „Zentrum und Peripherie" unterschiedlich. Es lohnt sich, die für selbstverständlich gehaltenen Annahmen in der öffentlichen Debatte über das „abgehängte Land" kritisch zu hinterfragen. ■

::: rural-innovations.net

KONTAKT:



Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" und außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem soziale Innovationen in der Stadt- und Regionalentwicklung, auch, und insbesondere im Kontext von strukturschwachen ländlichen Regionen.

Dr. Ralph Richter
ralph.richter@leibniz-irs.de

Ralph Richter war bis Dezember 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Leiter der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum". Seine Forschungs- und Interessensschwerpunkte liegen auf den Themen ländliche Entwicklung, soziale Innovation, Sozialunternehmertum sowie Dorf- und Gemeindeentwicklung.

Podiumsgäste am Parlamentarischen Abend (v.l.n.r.): Markus Tressel, Bündnis 90/Die Grünen; Rainer Spiering, SPD; Heidrun Bluhm, Die Linke; Prof. Dr. Reint Gropp, IHW; Hans-Günter Henneke, Deutscher Landkreistag; Prof. Dr. Alfons Balmann, IAMO; Prof. Dr. Gabriela Christmann, IRS; Prof. Dr. Sebastian Lentz, IfL; Alexandra Gerlach, Moderatorin

Innovationen für ländliche Räume

IRS-Forscher/-innen im Dialog mit der Praxis

Was tun, wenn der letzte Laden geschlossen hat und der Bus kaum noch fährt? Gemeinden im ländlichen Raum stehen oft vor besonderen Herausforderungen, wenn es darum geht, ihren Einwohner/-innen gleichwertige Lebensbedingungen zu bieten. Doch oft sind die Bürger/-innen in Landgemeinden auch besonders kreativ beim Umgang mit solchen Problemen. Sie finden neue, unkonventionelle Lösungen. Die Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" hat in ihrem Leitprojekt „Innovationen in Landgemeinden. Bedingungen, Akteure und Prozesse kreativer Gemeindeentwicklung" vier Jahre lang Prozesse sozialer Innovationen im ländlichen Raum rekonstruiert. Die Forscher/-innen wollten wissen: Was sind die Probleme, die Anlass zu innovativen Lösungen geben? Wer sind die Akteure, die Innovationen vorantreiben, und in welchen Konstellationen – Gruppen, Verbünden, Netzwerken, Initiativen – treten sie auf? Was sind die Bedingungen, die kreative Problemlösungen ermöglichen, aber auch hemmen? Wie entfalten sich die Innovationsprozesse? Und schließlich: Woran scheitern Innovationen? An welchen kritischen Punkten „hängt" es? Im Herbst 2018 vermittelte die Forschungsabteilung wesentliche Erkenntnisse und politisch relevante Botschaften aus ihrer Forschung in zwei Veranstaltungen der Fachöffentlichkeit.

Am 17. Oktober 2018 fand in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft der Parlamentarische Abend „Zukunftsfähige ländliche Räume" statt. Der Abend adressierte das Spannungsfeld zwischen den zentralen Funktionen des ländlichen Raums einerseits und dem ökonomischen Bedeutungsverlust zahlreicher ländlicher Regionen andererseits. Gefragt wurde, welche transformativen Entwicklungen den ländlichen Raum derzeit betreffen (beispielsweise die Digitalisierung), und welche Angebote, Maßnahmen und Instrumente helfen könnten, Abwanderung aus ländlichen Räumen zu stoppen und ländliche Regionen attraktiver zu machen. Für die zentrale Podiumsdiskussion hat der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Matthias Kleiner, neben Heidrun Bluhm, Sprecherin für den Ländlichen Raum der Bundestagsfraktion Die Linke, Rainer Spiering, Landwirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Markus Tressel, Sprecher für den Ländlichen Raum der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Prof. Dr. Alfons Balmann, Direktor des Leibniz-

Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und Prof. Dr. Sebastian Lentz, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL), auch Prof. Dr. Gabriela Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" des IRS eingeladen.

Christmann sprach sich dabei für eine an Innovationsgelegenheiten und Innovationsprozessen orientierte Förderpolitik für den ländlichen Raum aus. Während viele ländliche Regionen ähnliche Problemlagen teilten, sei die Formulierung von Prioritäten für die Entwicklung von spezifischen Lösungsansätzen immer ein lokaler Prozess, der zu unterstützen sei. Lokale Akteur/-innen wie die Bürgermeister/-innen von Landgemeinden seien oftmals überfordert von der Komplexität von Förderangeboten, obwohl an sich genug Fördergeld vorhanden sei. Effektive Förderung, die auf Know-how und verbesserte Handlungsfähigkeit abziele, sei deshalb schon mit relativ wenig Geld zu realisieren – oder auch mit nichtmonetären Leistungen wie Coaching. Um Innovationen überhaupt zu ermöglichen, müssten zunächst lokale Suchprozesse unterstützt und moderiert werden. Für die Umsetzung eines unkonventionellen Konzepts seien dann allerdings gegebenenfalls auch größere Fördersummen nötig. Entscheidend sei, dass auch Krisen und Brüche im Projektverlauf aufgefangen werden müssen. „Da, wo es knackt und zu brechen droht, muss Unterstützung ansetzen, damit es dann nicht zu Ende ist", sagt Christmann. Oft kann dies mit einfachen Mitteln geschehen, indem man etwa die lokalen Akteure darin coacht, wie sie ihr Konzept bei den lokalen Behörden besser einführen können, oder über Beratungsleistungen darüber, was die Grundvoraussetzungen sind, um beispielsweise einen Multi-Funktions-Dorfladen erfolgreich etablieren zu können. Als Beispiel für eine erfolgreiche Fördermaßnahme für ländliche Gemeinden führte sie das „Dorfkümmerer"-Projekt der Social Impact gGmbH an.

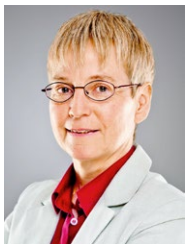
Der Parlamentarische Abend wurde von der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eröffnet

Am 29. November 2018 veranstaltete die Forschungsabteilung einen Praktikerworkshop in Erkner, auf welchem sie ihre Forschungsergebnisse mit Praktiker/-innen aus den sechs im Leitprojekt beforschten Landgemeinden, unter ihnen mehrere Bürgermeister, diskutierte.

Zu den untersuchten Gemeinden gehörten Bechstedt (Thüringen), Treptitz (Sachsen), Frankershausen (Hessen), Kyllburg (Rheinland-Pfalz), Plessa (Brandenburg) und Klockow (Brandenburg). Im Gespräch mit den Praktiker/-innen zeigte sich, dass die Forschungsabteilung mit ihren Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen auch die Akteure in den Landgemeinden selbst überzeugen kann.

Die Teilnehmenden bestätigten die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Forscher/-innen und brachten ihre eigenen Erfahrungen, Ideen und Perspektiven in einen lebendigen Austausch ein. Die Forschungsabteilung sieht sich durch den sehr erfolgreichen Workshop in ihrer Forschungsperspektive auf den ländlichen Raum wie auch in ihrem dialogischen Wissenstransfer-Ansatz bestätigt. ■

KONTAKT:



Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" und außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem soziale Innovationen in der Stadt- und Regionalentwicklung, auch, und insbesondere im Kontext von strukturschwachen ländlichen Regionen.

Dr. Tobias Federwisch
Tel. 03362 793 181
tobias.federwisch@leibniz-irs.de

Tobias Federwisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum". Er forscht zu ländlicher Entwicklung und sozialen Innovationen in Landgemeinden. Er ist außerdem zertifizierter Fördermittelmanager für Unternehmer und war Berater für soziales Unternehmertum.

Gerechtigkeit als Wert und Praxis –

neue Wege des Stadt-Land-Ausgleichs im Projekt „ReGerecht"

In Juli Zehs Gesellschaftsroman „Unterleuten" spaltet ein Windkraftprojekt eine Brandenburger Dorfgemeinschaft: in Profiteure und Ausgeschlossene, in Zugezogene und in Alteingesessene, in Pragmatiker und Ideologen alt wie neu. Immer präsent sind dabei die überbordenden und eigentlich miteinander unvereinbaren Ansprüche der Stadt an das Land, vom unberührten Erholungs-Idyll bis zur Bioenergieproduktion. Was in der literarischen Zuspitzung schon kaum erreichbar scheint – ein gerechter Ausgleich – ist in den Gemengelagen der Wirklichkeit nicht einfacher. Mit dem Projekt „ReGerecht" beteiligt sich das IRS seit kurzem an der Suche nach praktisch gangbaren Wegen des Ausgleichs und der Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land.

Am 1. Oktober 2018 begann die Förderung des Projekts „ReGerecht – Integrative Entwicklung eines gerechten Interessensausgleichs zwischen Stadt, städtischem Umland und ländlichem Raum" durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF, drei plus potenziell zwei weitere Jahre). Das Projekt hat zum Ziel, die Verflechtungsbeziehungen und mögliche Konflikte zwischen Stadt und Land bei Landnutzungen wie beispielsweise Erholung, Siedlungsflächen, Landwirtschaft, Energie und Infrastruktur besser zu verstehen. Ganz besonders geht es aber darum, gemeinsam mit Praktiker/-innen aus Kommunen und regionaler Planung Ansätze für einen funktionierenden, gerechten Ausgleich für Nutzungskonflikte zu finden. Das nötige Wissen soll zunächst in einem transdisziplinären „Co-Design-Prozess" mit Praxisakteuren in der Planungsregion Westmecklenburg (Mecklenburg-Vorpommern) erarbeitet werden, zum Bespiel in moderierten Workshops. In weiteren Schritten sollen die Erkenntnisse in andere Regionen übertragen und wissenschaftlich analysiert werden.

Die Projektkoordination liegt bei apl. Prof. Dr.-Ing. Thomas Weith vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg, einem IRS-Alumnus. Neben dem IRS sind als wissenschaftliche Einrichtungen das Umweltforschungszentrum (UFZ) in Leipzig und das Medienzentrum der Technischen Universität Dresden (mit Aktivitäten von T-Systems Multimedia Solutions) an dem Verbund beteiligt. Als Praxisakteure der Raumentwicklung beteiligen sich an ReGerecht die Landeshauptstadt Schwerin, das Amt

für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg und die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (unterstützt durch den Bundesverband der Landgesellschaften). Im IRS ist das Projekt in der Abteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ angesiedelt. Die Leitung hat hier Dr. Ludger Gailing. Darüber hinaus sind Andreas Röhring und Eva Eichenauer in dem Projekt beschäftigt. Im Interview sprechen Thomas Weith und Ludger Gailing über ihre gemeinsame Arbeit im ReGerecht-Projekt.

Herr Weith, Herr Gailing, wie kam es zu dieser Projektidee und diesem Konsortium?

Weith: Wir haben am ZALF einen langen wissenschaftlichen wie praxisbezogenen Erfahrungshintergrund bei der Forschung zu den Themen nachhaltiges Landmanagement und Stadt-Land-Verflechtungen.

Im Rahmenprogramm FONA (Forschung für nachhaltige Entwicklung) des BMBF sind dies z.B. zwei große Begleitforschungsvorhaben. Konzepte wie „Stadt-Land-Verflechtung“, „Landnutzungskonflikte“ und „Landmanagement“ sind hier ständig präsent. In solchen Ansätzen stecken implizit viele Überlegungen zu Ausgleich und Gleichwertigkeit. Aber niemand hat bisher explizit das Thema „regionale Gerechtigkeit“ auf die Agenda gesetzt, auch wenn es als offene Frage schon eine Weile im Raum steht. Als die Ausschreibung zur Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ erschien, aus der ReGerecht finanziert wird, war das für uns eine Gelegenheit, das Thema anzugehen. Dann war es eine Frage von erwiesener Kompetenz und Kooperationserfahrung, wen wir als Kooperationspartner ansprechen.

Gailing: Thomas Weith sprach mich an, und wir am IRS waren sehr interessiert. Mit ihrer Forschung zu Energieinfrastrukturen und Energiegerechtigkeit passt die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ gut in das Projektkonsortium, und wir werden in ReGerecht auch dieses Teilthema bearbeiten. Gerade bei Energieinfrastrukturen ist die Frage nach der Gerechtigkeit sehr wichtig. Vereinfachend gesagt wird regenerative Energie meist auf dem Land erzeugt und in der Stadt verbraucht. Das ist ein bedeutender Unterschied zu, beispielsweise, Wasserinfrastrukturen.

Wenn irgendwo eine neue Kläranlage errichtet wird, sind die Anwohner auch Nutzer. Sie werden mit angeschlossen und versorgt. Hochspannungsmasten und Windräder werden dagegen in das Sichtfeld von Leuten gebaut, die oftmals nichts davon haben. Das erzeugt Konflikte und wirft die Gerechtigkeitsfrage auf. Dass wir in ReGerecht so explizit das Thema Gerechtigkeit adressieren, ist eine Chance, solche Konflikte besser zu verstehen. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, und es hat dem Erfolg unseres Antrags augenscheinlich nicht geschadet.

Was ist denn Gerechtigkeit? Haben Sie eine Definition, mit der Sie arbeiten?

Weith: Zunächst einmal geht es nicht um Gerechtigkeit in einem allumfassenden Sinn, sondern konkret um die Frage, wie bei Landnutzungskonflikten in einem Stadt-Land-Kontext ein Interessensausgleich herbeigeführt werden kann, den die Beteiligten als gerecht empfinden. Wir haben dabei keine fertige Definition von Gerechtigkeit. Für unsere Praxispartner ist das Postulat der gleichwertigen Lebensverhältnisse natürlich ein sehr wichtiger Bezugspunkt. Wir als Wissenschaftler sind etwas breiter aufgestellt. Wir schauen uns eine große Bandbreite von Diskurslinien an, aus den Politik- und Sozialwissenschaften, aber auch aus der Philosophie. Besonders wichtig für uns ist der Gleichwertigkeitsdiskurs in der Planungsforschung, aber auch der aus den USA kommende Umweltgerechtigkeitsdiskurs und der europäische Diskurs um Energiegerechtigkeit. Solche abstrakten Konzepte muss man natürlich für die Praxis herunterbrechen. Im ReGerecht-Projekt wollen wir gemeinsam mit den Praxispartnern eine Idee von Gerechtigkeit entwickeln, die für sie funktioniert.

Gailing: Eine nützliche Unterscheidung ist noch die zwischen Verfahrensgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, die auch im Diskurs um Energiegerechtigkeit eine wichtige Rolle spielt. Bei dem ersten geht es um faire Beteiligung an Entscheidungsprozessen, bei dem zweiten um ein faires Ergebnis. Spannend wird es,

wenn man beide in ihrem Zusammenwirken anschaut. Bei den Regionalversammlungen, auf denen neue Windkraft-Eignungsgebiete beschlossen werden, sind zum Beispiel ganz kleine Kommunen oft nicht vertreten. Und in diesen kleinen Kommunen liegen dann manchmal die ausgewiesenen Eignungsgebiete. Ungerechtigkeit im Verfahren kann also durchaus mit

ungerechten Ergebnissen zusammenhängen. An diesem Beispiel sieht man auch sehr gut, dass das Thema Gerechtigkeit eine räumliche Dimension hat.

Ist Gerechtigkeit nicht auch ein emotionales Thema, gerade in Verbindung mit dem Stadt-Land-Gegensatz?

Weith: Das Projekt macht gerade den Versuch es zu entemotionalisieren. Bisher werden zum Thema Gerechtigkeit zwei Fragen gestellt: „Wer hat Vorteile, wer hat Nachteile?“ und „Wer hat Schuld?“ So zu fragen ist nicht besonders lösungsorientiert. Wir wollen die Suche nach einem gerechten Ausgleich auf solidere Füße stellen, und zwar nicht im Sinn von abstrakten, punktebasierten Berechnungs- und Bewertungssystemen, die für die Praktiker eine Blackbox darstellen. Wir wollen auf der Ebene arbeiten, auf der auch politische Entscheidungsträger diskutieren. Politische Entscheidungsträger zählen keine Punkte; die fragen „ist das ein gerechter Ausgleich?“

Wir werden außerdem unterstützend eine Software namens „Maptionnaire“ nutzen, mit der man kartenbasierte Online-Erhebungen zu raumbezogenen Fragen durchführen kann. Sie wird uns helfen zu verstehen, wo überhaupt die Nutzungskonflikte liegen. Wir berühren hier eine grundsätzlichere Frage, an der wir auch in ReGerecht arbeiten: Was ist eigentlich ein Raumnutzungskonflikt? Wie kann man ihn erfassen, aufbereiten und visualisieren? Nur weil zwei unterschiedliche Landnutzungen entlang einer Grundstücksgrenze aufeinandertreffen, und man das in einer Karte darstellen kann, ist es noch kein Nutzungskonflikt.

Sie arbeiten zunächst in der Planungsregion Westmecklenburg. Warum?

Weith: Eine Vorgabe der Ausschreibung war es, im ersten Schritt eine wachsende Region mit über 40.000 Einwohnern zu untersuchen. Sie sollte mindestens eine Kernstadt, Stadt-Umland-Räume und ländlichen Raum enthalten und entsprechende Problemlagen aufweisen. Das grenzt die Suche schon ein. In der Planungsregion Westmecklenburg gibt es die besondere Herausforderung, dass die Stadt Schwerin ihr Stadt-Umland-Konzept im Rahmen des regionalen Raumentwicklungsprogramms fertigstellen will. Es gibt die Erwartung, dass wir hier unterstützen. Wismar, das fast in Blickweite von Schwerin liegt, hat bereits ein solches Konzept.

Gailing: Dass Schwerin und seine Umlandgemeinden um ein gemeinsames Konzept ringen, bedeutet ja: Hier liegen genau die Fragen auf dem Tisch, die wir untersuchen wollen. Die Region ist außerdem ein Hotspot der Energiewende, es gibt hier viele Windkraftprojekte. Zugleich hat Mecklenburg-Vorpommern 2016 das erste Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz beschlossen. Es regelt, dass Anwohner wirtschaftlich an Windkraftanlagen beteiligt werden müssen. Wir wissen aber noch nicht wie gut dieses Gesetz in der Praxis funktioniert. Es gibt hier also viele praktische Herausforderungen, die für uns eine Gelegenheit bieten, etwas Neues zu entwickeln.

Im ReGerecht-Projekt soll „transdisziplinär“ gearbeitet werden. Was heißt das?

Weith: Transdisziplinarität ist eine Ansatz, der insbesondere in der „sozial-ökologischen Forschung“ des BMBF zum Tragen kommt. Das bedeutet, dass man realweltliche Probleme zum Ausgangspunkt der Forschung nimmt und gemeinsam mit Praxispartnern an Lösungen arbeitet. Es gibt dabei keinen vorab festgelegten, engen Fokus mit vorab wissenschaftlich definierten Fragestellungen, sondern einen Themenfokus, der Schritt für Schritt bearbeitet wird. Das heißt auch, dass die wissenschaftliche Seite nicht mit fertigen Lösungen kommt, nach dem Motto „Ich habe eine Lösung und suche ein Problem“.

Gailing: „Transdisziplinär“ heißt, dass wir nicht nur Disziplingrenzen überschreiten, sondern im Forschungsprozess wissenschaftliche und praxisorientierte Perspektiven gleichrangig

einbezogen werden. Dabei können wir natürlich trotzdem unsere wissenschaftliche Expertise in den Prozess einbringen und an relevanten wissenschaftlichen Fragen arbeiten. Aber wir müssen sie stärker übersetzen, denn die Praxisakteure werden nicht unsere referierten Artikel lesen. Andererseits: Wer über Gerechtigkeit spricht und forscht, ist damit schon sehr nah an den Menschen.

Gibt es trotzdem ein Forschungsinteresse im engeren Sinn?

Weith: Ja, natürlich. Das hängt aber von den Wissenschaftsdisziplinen der beteiligten Wissenschaftler/-innen ab. Für mich als studiertem Planer und Landschaftsforscher ist interessant, dass raumwissenschaftlich bisher wenig über Normen wie Gerechtigkeit geforscht wird, obwohl in der Planungspraxis viel über Normen gesprochen wird.

Gailing: Für uns ist Energiegerechtigkeit und infrastrukturelle Gerechtigkeit der entscheidende Forschungsdiskurs. Er wird zum Beispiel in der Humangeographie geführt. Bei Energiegerechtigkeit geht es häufig um Fragen wie: Was passiert, wenn sich das Energiesystem transformiert und Energie dadurch teurer wird? Können ärmere Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen? Das ist die soziale Dimension. Wir wollen dagegen vor allem die räumliche Dimension von Energiegerechtigkeit vertiefen.

Der Anspruch von ReGerecht wirkt sehr groß und umfassend. Was kann denn realistisch in den bis zu fünf Jahren Förderung passieren? Und was ist die Rolle der Transferregionen?

Weith: Wir haben das Thema sehr weit abgesteckt, aber in der konkreten Arbeit wird es natürlich spezifischer werden. Man muss sich bei so einem problemgetriebenen Projekt fragen: Was lässt sich vorbestimmen und wo braucht man Offenheit? Die Prozesselemente kann man vorab festlegen. Beim Inhalt brauchen wir Offenheit. Was den Transfer angeht: Dafür sind die zwei zusätzlichen Jahre Förderung in dem drei-plus-zwei-Modell vorgesehen. Wir haben bisher grob einige Regionen mit ähnlichen Raumstrukturen und Problemlagen identifiziert, die sich für den Wissenstransfer eignen könnten. Wir werden 2019 in Gespräche einsteigen.

Gailing: Wir werden sehen, auf welche Themen sich die Arbeit konzentrieren wird. Es kann sein, dass die Erstellung des Stadt-Umland-Konzepts für Schwerin viel Raum in der Projektarbeit einnehmen wird, und auch die Umsetzung des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes, oder – im Sinne des transdisziplinären Forschungsprozesses – etwas ganz anderes.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Das ReGerecht-Team beim Projektauftakt am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) am 27. September 2018

KONTAKT:

Dr. Ludger Gailing
Tel. 03362 793 252
ludger.gailing@leibniz-irs.de

Ludger Gailing ist kommissarischer Abteilungsleiter und Leiter des Leitprojekts der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter". Seine Forschungen beschäftigen sich mit den Geographien der Energiewende, mit der Analyse von Sozio-Materialitäten und Governance-Formen in Bezug auf Gemeinschaftsgüter und Infrastrukturen sowie mit dem institutionellen Wandel regionaler Steuerung und Planung.

apl. Prof. Dr.-Ing. Thomas Weith
Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF)
Tel. 033432 82 124
thomas.weith@zalf.de

Thomas Weith ist Sprecher der Arbeitsgruppe „Co-Design von Wandel und Innovation" im Programmbereich „Landnutzung und Governance" des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg und außerplanmäßiger Professor für Raumplanung und Umweltentwicklung an der Universität Potsdam. Er forscht zu Landmanagement, Flächenpolitik und Einflussfaktoren auf den Wandel von Landschaften.

Verabschiedung Institutsdirektorin Prof. Dr. Heiderose Kilper geht in den Ruhestand

Am 30. September 2018 schied die langjährige Direktorin des IRS, Prof. Dr. Heiderose Kilper, altersbedingt aus dem Institut aus. Seit dem 1. Oktober 2018 wird das Institut kommissarisch von Prof. Dr. Gabriela Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und bisherige wissenschaftliche Stellvertreterin der Direktorin, geleitet. Das Verfahren zur Neubesetzung der Direktorenstelle dauert derzeit noch an.

Heiderose Kilper leitete das IRS seit 2005. Durch eine gemeinsame Berufung, die bei Führungspositionen in Instituten der Leibniz-Gemeinschaft üblich ist, hatte sie zugleich die Professur für Stadt- und Regionalentwicklung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg inne. Auch der/die künftige Institutsdirektor/-in wird gemeinsam mit der BTU Cottbus-Senftenberg berufen. Im Oktober 2017 erfolgte die Ausschreibung einer W3-Professur für

„Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung“ in Verbindung mit der Leitung des IRS.

Heiderose Kilper studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg/Lahn (1972-1978). Sie wurde 1982 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg zum Dr. phil. promoviert, 1998 habilitierte sie sich an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Zu diesem Zeitpunkt war sie als geschäftsführende Leiterin des Instituts Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen tätig (1997-2001). Ab 2002 war sie Professorin am Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung der Universität Hannover und leitete als Direktorin und Geschäftsführerin das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) GmbH an der Universität Hannover (2002-2005).

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit als Direktorin des IRS war die konsequente Ausrichtung des Instituts als exzellenzorientierte internationale Sozialforschungseinrichtung. Dementsprechend erfolgte im Januar 2016 die Umbenennung des IRS von „Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung“ in „Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung“. Ein weiterer Meilenstein war die Sanierung von zwei leerstehenden Nebengebäuden des IRS mit Hilfe von Mitteln aus dem Konjunkturpaket 2 der Bundesregierung und deren Übernahme in die Nutzung durch das Institut, insbesondere durch die Wissenschaftlichen Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Während ihrer Amtszeit wurde das IRS zweimal erfolgreich von der Leibniz-Gemeinschaft evaluiert. Wie bereits im Jahr 2011 würdigte der Senat der Leibniz-Gemeinschaft am 11. Juli 2018 die überzeugende Weiterentwicklung des IRS und empfahl dessen weitere Förderung.

Am 26. September 2018 wurde Heiderose Kilper in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin von der Staatssekretärin Dr. Ulrike Gutheil (MWFK) sowie von zahlreichen Mitarbeiter/-innen, Gremienvertreter/-innen und Gästen feierlich verabschiedet. Das IRS bleibt ihr in Anerkennung ihrer großen Verdienste eng verbunden.

Derzeit kooperiert Heiderose Kilper mit der Historischen Forschungsstelle des IRS bei der Erarbeitung eines biographischen Bandes über den Architekten und Stadtplaner Egon Hartmann. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Kooperationsvertrag mit Universität Turku abgeschlossen

Das Geographische Institut an der Universität Turku und das IRS haben ihre bereits seit vielen Jahren gelebte Kooperation jetzt formalisiert. Am 3. September 2018 unterzeichneten die Direktorin des IRS, Prof. Dr. Heiderose Kilper, und der Leiter des Instituts für Geographie und Geologie der Universität Turku, Prof. Risto Kalliola, ein „Memorandum of Understanding“, das einen Rahmen bietet, um künftig einfacher zusammen zu arbeiten, etwa wenn es um gemeinsame Forschungsanträge, Kooperationen in der akademischen Lehre oder Forschungsaufenthalte an beiden Standorten geht. Die vorbereitenden Gespräche dazu wurden im Rahmen eines Gastaufenthaltes von Prof. Dr. Oliver Ibert vom 26. bis 29. März 2018 in Turku geführt.

Seit 2010 besteht ein intensiver Austausch zwischen der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und dem Geographischen Institut der Universität Turku. 2014 und 2015 verbrachte Dr. Johanna Hautala aus Turku zwölf Monate als Gastwissenschaftlerin am IRS. Im November 2018 erschien das Themenheft „Creativity in arts and sciences: collective processes from a spatial perspective“ der Fachzeitschrift „Environment and Planning A: Econmy and Space“, in welchem Johanna Hautala, Jussi Jauhiainen, Professor am Geographischen Institut der Universität Turku, und Oliver Ibert gemeinsam als Gast-Herausgeber fungieren. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 150
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Neues Projekt
Städtische Anpassungsstrategien an Extremwetterereignisse

Zum ersten Oktober 2018 startete die Hauptförderphase des Verbundprojektes „ExTrass“, welches bereits von Mai 2017 bis Juni 2018 als BMBF-Definitionsprojekt gefördert wurde. ExTrass ist das Akronym für „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten“. Hinter dem etwas sperrigen Titel verbirgt sich ein hochaktuelles Thema, wie der lange und heiße Sommer 2018 noch einmal deutlich gemacht hat: Städte müssen sich an die sich verändernden klimatischen Bedingungen in Deutschland und Europa anpassen. Zwei Phänomene treten hierbei in den letzten Jahren in Deutschland in den Vordergrund: Hitzeperioden und Starkregenfälle. Die meisten deutschen Städte sind auf derartige Extremwetter nur unzureichend vorbereitet. Dicht bebaute Altstadtkerne mit wenig Stadtgrün heizen sich tagsüber in Hitzeperioden extrem auf und kühlen auch in den Nachtstunden nicht mehr genug ab. Starkregenfälle überschreiten die beim Bau der Kanalisation angenommenen Extreme teilweise deutlich, so dass die abrupt niedergehenden Wassermengen nicht mehr abgeführt werden können.

Dementsprechend verursachen extreme Wetterereignisse oft immense Sachschäden und bergen hohe gesundheitliche Risiken für die städtische Bevölkerung bis hin zu Todesfällen. Bei Heißwetterperioden kommt es zu starkem Hitzestress, unter dem Bevölkerung und Grünflächen besonders zu leiden haben. Im Fall von Starkregenereignissen führen Überschwemmungen zu Schäden an Gebäuden und Infrastruktur, oft in Millionenhöhe. Gesundheitliche Probleme besonders gefährdeter Personengruppen wie Kleinkindern und Senioren, überlastete Notfalldienste und Erstversorger sowie verringerte Leistungsfähigkeit in exponierten Geschäfts- und Bürolagen sind die Folge.

Die große Mehrzahl unserer Städte beginnt nur langsam, sich an diese neuen Phänomene anzupassen. Viele Konzepte der vergangenen Jahre, wie zum Beispiel die planerisch weithin akzeptierte Nachverdichtung von urbanen Siedlungsräumen, verstärken für die Anwohner oft noch die Risiken durch extreme Wetterereignisse.

Hier setzt ExTrass an. Ziel des Projektes ist, Maßnahmen zu identifizieren und zu entwickeln, welche die Resilienz von Städten gegenüber Hitze und Starkregen messbar stärken, sowie die Übertragung von erfolgreichen Maßnahmen und Instrumenten zwischen den Städten zu erleichtern. Dabei wird Resilienz als adaptiver (Lern-)Prozess verstanden, in dem Kommunen Maßnahmen aufgreifen und umsetzen, von denen ein schadensreduzierender Effekt bei Wetterextremen erwartet wird. Das Verbundprojekt ExTrass wird von der Universität Potsdam geleitetet und durch das BMBF-Programm „Leitinitiative Zukunftsstadt“ mit ca. zwei Mio. Euro gefördert. Neben der Universität Potsdam und dem IRS gehören das Beratungsunternehmen adelphi sowie die Praxispartner Johanniter-Unfall-Hilfe, die Stadt Potsdam, die Stadt Remscheid und die Stadt Würzburg zum Forschungsverbund. Ziel von ExTrass ist die Identifizierung und Analyse erfolgreicher Klimaanpassungsmaßnahmen von deutschen Städten sowie

die Entwicklung und Erprobung neuer Maßnahmen in „Reallaboren“ in den Praxispartner-Städten. Besonderes Gewicht wird auf den konkreten Transfer erfolgreicher Maßnahmen zwischen den Partnerstädten und anderen deutschen und europäischen Kommunen gelegt.

Am IRS ist Projektleiterin Prof. Dr. Kristine Kern für zwei der insgesamt vier ExTrass-Arbeitspakete verantwortlich. Zum einen werden empirische Pfadanalysen in den drei Fallstudienstädten sowie in zwölf weiteren Städten aus Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Hier geht es darum, begünstigende und hemmende Faktoren, typische Anpassungspfade sowie besonders erfolgreiche Lösungen, aber auch Sackgassen in der Klimaanpassung zu erfassen. Zum anderen leitet das IRS das Arbeitspaket Transfer, welches die Bedingungen für die erfolgreiche Übertragung zwischen den Städten identifiziert und Politikempfehlungen für die Intensivierung eines solchen Transfers auf allen Ebenen des EU-Systems ableitet. Das IRS wird hier ein Konzept erarbeiten, wie praktikable und wirksame Instrumente innerhalb von Städten entwickelt (experimental upscaling), zwischen Städten ausgetauscht (horizontal upscaling), von anderen Ebenen wie Land oder Bund im EU-Mehrebenensystem gefördert (vertical upscaling) oder durch verbindliche Regelungen höherer Verwaltungsebenen (hierachical upscaling) zielführend angeordnet werden können.

Die Hauptförderphase von ExTrass läuft bis September 2021. Danach wird das Projekt bei positiver Begutachtung um eine zweijährige Transferphase verlängert. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Kristine Kern
Tel. 03362 793 205
kristine.kern@leibniz-irs.de

Neues Projekt „StadtWende“ der Historischen Forschungsstelle

Wenn 2019 das dreißigjährige Jubiläum der friedlichen Revolution von 1989 gefeiert wird, so wird in den historischen Analysen zu diesem epochalen Ereignis sicher die Frage gestellt werden, welches eigentlich die entscheidenden Triebkräfte waren, die den Zusammenbruch der DDR herbeiführten. Die

Historische Forschungsstelle des IRS interessiert in erster Linie, welche Bedeutung und welcher Anteil dabei dem Städtebau und den Wohnverhältnissen zukam. Motivierte der rasante und großflächige Verfall großer Altstadtgebiete bei gleichzeitiger und einseitiger Dominanz des industriellen Plattenbaus die Menschen in Ostdeutschland zusätzlich, eine Revolution loszutreten?

Das neue Projekt „StadtWende“ der Historischen Forschungsstelle des IRS, das im Januar 2019 startete, will dieser Frage gründlicher als bisher möglich auf den Grund gehen. Historikern am IRS gelang es, im Verbund mit drei universitären Partnern (Prof. Dr. Holger Schmidt, Kaiserslautern, Prof. Dr. Harald Kegler, Kassel und Prof. Dr. Max Welch Guerra, Weimar) eine Projektfinanzierung für vier (plus eventuell weitere zwei) Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zu erhalten. Ziel des Projektverbundes ist es, die Bedeutung des Altstadtverfalls in der DDR zu erfassen, speziell mit Blick auf die Entstehung und Entfaltung von Bürgerbewegungen, die zu Triebkräften der gesellschaftlichen Wende 1989 wurden. Darüber hinaus soll die Stadtentwicklungspolitik nach der deutschen Einheit im Sinne jener Erfahrungen neu eingeordnet und bewertet werden.

Die Historische Forschungsstelle des IRS wird insgesamt drei Teilprojekte verantworten. Dabei wird es um eine intensive Tiefenanalyse der Struktur und Handlungsweisen der Bürgerinitiativen gehen, die gegen den Verfall von Altstädten in der DDR kämpften. Im Mittelpunkt der Untersuchung sol-

len die urbanen Denkwelten, die Stadtbewohner unter schwierigen Verhältnissen in der DDR dazu veranlassten, den risikoreichen Weg der Beteiligung in einer zivilen Oppositionsbewegung zu gehen, sowie die Handlungsmuster ihrer Aktionen gegen den Altstadtverfall stehen. „Es ist beispielsweise eine zu untersuchende Frage, weshalb in der DDR in einer Stadt mit eklatantem Altstadtverfall eine Bürgerinitiative entstand, in einer anderen Stadt mit ähnlicher Problemlage aber gerade nicht", erläutert dazu der Projektleiter am IRS, Dr. Harald Engler.

Im zweiten Arbeitspaket soll der historische Kontext der DDR und insbesondere des Institutionensystems von Partei, Bauministerium und Bauakademie in den Blick genommen werden, in dem der Altstadtverfall sich vollzog. So waren beispielsweise in Leipzig 1988 ganze 89,1 % der Altbausubstanz dringend sanierungsbedürftig, schwer beschädigt oder gar ruinös, nur noch 10 % der Bausubstanz war in einem guten Zustand. Nicht zuletzt angesichts dieser Bilanz entwickelte sich in der Messestadt eine besonders starke Bürgerbewegung.

Im dritten Teilprojekt wird die Forschungsstelle des IRS für die materielle und digitale Projektdokumentation sowie die aufwändige Projektwebsite verantwortlich zeichnen. Auf dieser Website, die über das Projekt hinaus bestehen bleiben wird, sollen auf einer multimedial gestalteten Karte der DDR alle Städte mit Bürgerinitiativen und Widerstandspotenzial aufrufbar sein. Informationen, Interviews, Fotomaterial und Filme zu den Aktivitäten der Bürgerinitiativen sollen so auf einen Blick zugänglich gemacht werden.

Insgesamt verfolgt die Historische Forschungsstelle des IRS mit dem Projekt mehrere forschungsstrategische und inhaltliche Ziele. Eine wesentliche Absicht besteht darin, der Opposition insgesamt, vor allem aber den oppositionellen Akteuren in der städtischen Bürgergesellschaft, den städtischen Bauverwaltungen und in der Forschung und Lehre im (häufig gemeinsamen) Kampf gegen den Altstadtverfall ein Gesicht zu geben. Biografische Porträts sollen sie als wichtige Akteure und Triebkräfte der Geschichte charakterisieren und im kulturellen Gedächtnis der Städte und letztlich der Gesellschaft fest verankern. Aus diesem Grund sollen neben den für Historikern selbstverständlichen Archiv- und Aktenstudien in großem Umfang Zeitzeugeninterviews durchgeführt werden, mit denen die individuellen Beweggründe und die häufig wichtigen informellen Vorgehensweisen bei oppositionellen Handlungen differenzierter analysiert werden können. Das Projekt soll gleichzeitig dezidiert einen Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der DDR liefern, denn der Kampf gegen den Verfall der Altstädte kam aus der Gesellschaft Ostdeutschlands heraus und trug wahrscheinlich mit zum Ende der DDR bei. Das Forschungsprojekt soll damit auch einen Beitrag zur Forschung über soziale Bewegungen sowie zum Funktionieren des Institutionensystems der DDR leisten. Nicht zuletzt will das Projekt insgesamt einen Beitrag dazu liefern, welche Bedeutung Architektur und Bauwesen (neben den Faktoren Umweltzerstörung, Frieden/Militär, Reisemöglichkeiten und Menschenrechte) für die Ursachen und Genese der friedlichen Revolution von 1989/90 hatten.

Da das Thema des Projekts für die Identität der heutigen (ostdeutschen) Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist, soll dem Transfer der Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit in Form politischer Bildungsarbeit ein großes Gewicht beigemessen werden. Im Projektverbund wird deshalb mit diversen medialen Mitteln und Formaten die politische Bildungsarbeit akzentuiert. Dazu gehören die besagte interaktiv-mediale Karte der DDR, Interviews und Gespräche mit Zeitzeugen auf öffentlichen Veranstaltungen, eine gemeinsame Ringvorlesung, sowie zahlreiche Kooperationen: mit Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildung (z.B. Stiftung Aufarbeitung), mit Vertreter/-innen der Initiativen selbst, mit den Städten und mit wichtigen Akteuren der dortigen Stadtplanungs- und Stadtgeschichteszene. Das Projekt kann so einen Beitrag zur inneren Verständigung ostdeutscher Stadtgesellschaften über ihre gemeinsame Geschichte und ihre freiheitlichen Impulse liefern. ■

Kontakt:
Dr. Harald Engler
Tel. 03362 793 224
harald.engler@leibniz-irs.de

Veranstaltung

45. Brandenburger Regionalgespräch beleuchtet Zuzug in Klein- und Mittelstädte

Dr. Manfred Kühn, IRS (stehend)

Henning Boeth, IRS

Anlässlich des 45. Brandenburger Regionalgesprächs „Zuwanderung aus Berlin – Neue Wachstumschancen für Mittelstädte in Brandenburg?“ tauschten sich am 27. November 2018 Praktiker/-innen aus Planung und Raumentwicklung in Brandenburg mit Wissenschaftler/-innen des IRS über die Entwicklungsperspektiven von Klein- und Mittelstädten in Brandenburg aus. Während das direkte Umland Berlins seit längerem wächst, verzeichnen die Städte des sogenannten „Städtekranzes“ oder „zweiten Rings“ wie beispielsweise Jüterbog oder Brandenburg an der Havel, erst seit kurzem wieder ein sanftes Wachstum. Es rührt von Zuzug her, der die nach wie vor negativen natürlichen Salden knapp überkompensiert.

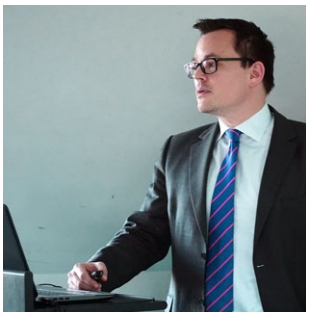
Von Seiten des IRS wird das Thema von der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ verantwortet, die bis 2017 die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost stellte. Dr. Manfred Kühn, seit langem mit der Berlin-Brandenburger Raumentwicklung vertraut, und Henning Boeth, Doktorand in der Forschungsabteilung, vertraten die wissenschaftliche Seite. Auf der Praxisseite standen Dr. David Eberhart vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), Silke Leuschner, Leiterin des Stadtentwicklungsamts Eberswalde und Yvonne Stolzmann, Leiterin des Stadtentwicklungsamts Brandenburg an der Havel.

Die beiden IRS-Wissenschaftler hatten die Fragen für dieses Regionalgespräch aufgeworfen: Inwieweit wachsen Mittelstädte in Brandenburg durch Zuwanderung aus Berlin? Wer sind die Zuwanderer? Aus welchen Motiven wandern sie zu (push und pull-Faktoren)? Welche Strategien werden von Mittelstädten entwickelt, um attraktiv für Zuwanderer aus Berlin zu sein?

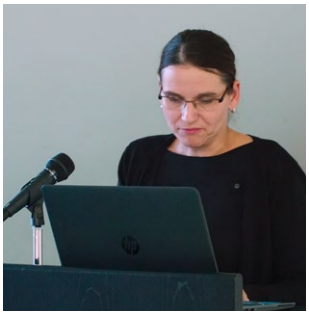
Der zentrale Einfluss Berlins wird in dieser Fragestellung gewissermaßen vorausgedacht. Bereits in den 1990er Jahren wurde (auch mit forschender Begleitung des IRS) das Leitbild der Dezentralen Konzentration formuliert, das dazu dienen sollte, Wachstumsdruck von Berlin in den Brandenburger Städtekranz umzuleiten. Nach Jahren der Schrumpfung 2005 ad acta gelegt, erlebt das Konzept jetzt möglicherweise ein Revival. 80 % der Neu-Berliner kommen aus dem Ausland. Bei deutschen Staatsbürgern, besonders Familien, verzeichnet die Hauptstadt Wanderungsverluste.

Wo gehen die Menschen hin? Nach dem Speckgürtel rückt nun der Städtekranz in den Fokus. In absoluten Zahlen wachsen Brandenburger Klein- und Mittelstädte fast ausschließlich im Umland von Berlin, wo sie von Netto-Zuzug aus der Hauptstadt profitieren. Die Städte im sogenannten zweiten Ring entwickeln in den letzten Jahren positive Wanderungssalden; Bevölkerungswachstum ist hier aber bisher die Ausnahme. Zuzug kommt in erster Linie aus der näheren Umgebung der Städte selbst, die Zuwanderung aus Berlin entwickelt sich jedoch äußerst positiv. Sie wird größtenteils von Menschen im typischen Familiengründungsalter getragen. Bei Jüngeren, wahrscheinlich Berufseinsteigern und Menschen in der Ausbildung, sind ihre Wanderungssalden deutlich negativ.

Doch welche Motive haben die Umzügler wirklich? Wer kommt, wer geht, wer kommt womöglich zurück und mit welchem Lebensentwurf? Was können Kommunen tun, um attraktiv für Zuwanderer aus Berlin zu sein? ■



Dr. David Eberhart, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen



Yvonne Stolzmann, Leiterin des Stadtentwicklungsamts Brandenburg an der Havel

Silke Leuschner, Leiterin des Stadtentwicklungsamts Eberswalde

Kontakt:
Dr. Manfred Kühn
Tel. 03362 793 238
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Henning Boeth
Tel. 03362 793 213
henning.boeth@leibniz-irs.de

David Eberhart (BBU) charakterisierte den Berlin-Brandenburger Mietwohnungsmarkt in seinem Statement als heterogen aber integriert: einerseits charakterisiert durch Sonderphänomene wie der starke Zuzug von Senior/-innen entlang der „Oder-Schiene", andererseits gekennzeichnet durch eine Preislandschaft, die den Erwartungen entspricht. Von Höchstpreisen in Berlin und Potsdam ausgehend fallen die Mieten mit wachsender Distanz von den Zentren. Ausweichbewegungen der Mieter sind somit normal und zu erwarten. Im Regionalgespräch wurde jedoch über den Mietwohnungsmarkt hinausgeblickt. Denn mit Abwanderung aus der Großstadt erfüllen sich ja gerade Familien den Wunsch nach einem bezahlbaren Eigenheim. Auf welche Wohnpräferenzen sollen sich die Mittelstädte also einstellen? Geht es überhaupt um eine „relative Reurbanisierung" (Boeth), die auch die Innenstädte und das städtische Leben berührt, oder fließt alles Wachstum direkt auf die grüne Wiese? Diese Fragen bewegten die Anwesenden.

Viele wichtige Antworten fanden sich in den Statements der beiden Vertreterinnen der Stadtplanung, Silke Leuschner aus Eberswalde und Yvonne Stolzmann aus Brandenburg an der Havel, wie auch in der sich daraus entzündenden Diskussion. Und diese waren durchaus überraschend. Erstens: Der Einfluss Berlins ist – noch – begrenzt. Viel bedeutender sind momentan Rückkehrerumzüge (etwa aus den alten Bundesländern), Binnenumzüge in der Stadt und Zuzüge aus dem ländlichen Raum Brandenburgs. Zweitens: Es geht sehr wohl um Reurbanisierung, denn gerade die Innenstädte profitieren massiv von Zuzug und baulicher Aufwertung. Und drittens: Orientierungswissen entsteht gerade auch im praktischen Handeln. Die Forschung muss selbst einige ihrer Vorannahmen überprüfen, um einen produktiven Beitrag zu leisten.

Sowohl Brandenburg an der Havel als auch Eberswalde erleben gerade ein gesteigertes Interesse von Immobilieninvestoren in der Innenstadt. Auch teure, baulich anspruchsvolle Flächen werden aktuell dem Neubau – Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Gewerbe – zugeführt. Der Bedarf ist offenbar vorhanden und private Investoren agieren optimistischer als es der schrumpfungserfahrenen Stadtplanung lange möglich war. Die Stadt Brandenburg an der Havel beabsichtigt deshalb, im nächsten Jahr eine Zuzugsstrategie zu entwickeln. Zur Wahrheit gehöre aber auch, so Stolzmann, dass es einen Bedarf nach Eigenheimen gebe, der sich nicht in den innerstädtischen Geschosswohnungsbestand umleiten lasse. Insgesamt gehe es um eine Bedarfsanpassung, die auch weiterhin Rückbau – etwa in den Großwohnsiedlungen von Brandenburg an der Havel – einschließt. Beide Planerinnen bestätigten, dass hauptsächlich die historischen Stadtkerne und die gründerzeitlichen „Ringe" starken Zuzug erleben. Neben Bedarfsanpassung sei Stabilisierung das Gebot der Stunde, denn die demographischen Langfristtrends zeigen irgendwann wieder nach unten.

Auch die Frage nach der Rolle der Kultur wurde gestellt. Mit einem Jazzfestival, dem samstäglichen Kulturevent „Guten Morgen Eberswalde" und dem historisch-reflexiven Eventformat „Tatort Lücke" setzt Eberswalde auf eine Kulturpolitik, die die Stadt erlebbar macht. Hier lernen potenzielle Neu-Eberswalder die Stadt kennen und die Stadt sie. Hier sind auch die Berliner zu entdecken, die vielleicht doch demnächst zu einer nennenswerten Zuzugsgröße werden. Es geht dabei um geplante, sorgfältig abgewogene Zuzugsentscheidungen, wie Stephan Kathke von der AG Städtekranz Berlin-Brandenburg bemerkte: „Das sind Leute, die sich bewusst auf die kleinen Städte einlassen". Der Umzug in den Städtekranz als Reaktion auf Preissteigerungen in Berlin Mitte ist bislang kein zahlenmäßig relevantes Phänomen. ■

::: leibniz-irs.de/aktuelles/veranstaltungen/2018/11/zuwanderung-aus-berlin-neue-wachstumschancen-fuer-mittelstaedte-in-brandenburg

Offene Orte, Offene Region: Dialog mit Praktiker/-innen über innovative Räume

Coworking Spaces, Fab Labs und Maker Spaces sind in aller Munde. Hinter diesen Bezeichnungen verbergen sich relativ neue, offene Formen und Orte des Arbeitens und der Wissenskreation, die jeweils von einem Betreiber aktiv gestaltet und kuratiert werden. Solche Einrichtungen bergen das Versprechen von freier Teilhabe an der Entwicklung innovativer Problemlösungen oder Geschäftsideen und von selbstbestimmter kreativer Arbeit. Zugleich sind sie heute auch zu kommerziellen Produkten geworden. „WeWork", der größte kommerzielle Coworking-Anbieter, ist zu einem bedeutenden immobilienwirtschaftlichen Player aufgestiegen.

Prof. Dr. Suntje Schmidt, IRS (li.) und Ned Staebler, Business-Inkubator TechTown

Norbert Herrmann, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Berlin

Bereits seit 2013 beschäftigt sich die Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" mit derartigen Orten, für die sie den Oberbegriff „Open Creative Labs" geprägt hat. Was mit einer Überblicksrecherche für die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung anfing, mündete in ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Projekt zu „Open Creative Labs in Deutschland" und in ein Leitprojekt zu Labs als „Wissensanker in translokalen Communities" (2015-2018). In diesem verfolgte die Abteilung unter anderem die Frage, wie Labs in ihre regionale und lokale Umgebung eingebettet sind, und welche Wirkungen (etwa über Innovation und Unternehmensgründungen) sie für diese haben. Neben Projektleiter Prof. Dr. Oliver Ibert arbeiteten Steffi Brewig, Dr. Verena Brinks, Andreas Kuebart und Prof. Dr. Suntje Schmidt daran mit.

Am 21. September 2018 veranstaltete die Forschungsabteilung in Berlin einen ganztägigen internationalen Praktikerworkshop mit Vertreter/-innen der Untersuchungsstädte Berlin, Amsterdam und Detroit. Ziel war es, die Ergebnisse des Projekts aus praktischer Sicht noch einmal kritisch zu reflektieren und zu qualifizieren. Was sich im Verlauf der vier Panels – eines für jede Stadt sowie ein Abschlusspanel – zeigte, war, dass Labs zwar Ausdruck einer globalen Dynamik sind, sich aber überall anders manifestieren, je nach ortstypischer Stadtentwicklungsdynamik.

Wie Jos Gadet (Stadt Amsterdam) und Chris Julien (Waag Society) zeigten, sind Labs in Amsterdam Gegenstand politischer und zivilgesellschaftlicher Planung. Amsterdam ist durch einen kleinen dichten und vielfältigen urbanen Kern, der als Anlaufpunkt für internationale Unternehmen und Gründer dient, aber auch durch großflächige, gleichförmige Siedlungen gekennzeichnet. Für die Stadt hat es hohe Priorität, sowohl kreative Freiräume im teuren Zentrum, als auch neue Anker der Kreativität in der Fläche zu schaffen. Labs sind ein Instrument für beides. Die Waag Society, eine vermittelnde Organisation zwischen Forschung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Regierung ist selbst ein wichtiger Lab-Betreiber.

Frederick Molnar, Michigan Economic Development Corporation

Detroit ist von massiver Deindustrialisierung betroffen, wie Frederick Molnar (Michigan Economic Development Corporation) eindrucksvoll vor Augen führte. Ned Staebler vom Business-Inkubator TechTown verortete die Probleme Detroits dagegen in der Wachstumsphase der Stadt, in der eine extreme industrielle Monokultur und zugleich eine nach Klasse und Haut-

farbe gespaltene Stadtgesellschaft angelegt wurden. In der Krise der Autoindustrie habe die weiße Mittel- und Oberschicht die Kernstadt Detroit verlassen, die Kontrolle über wesentliche Ressourcen jedoch behalten. Viele Stadtregenerierungsansätze, einschließlich Labs, verstärkten deshalb weiter die Segregation. TechTown dagegen fördere echte Diversität und Inklusion, und setze deshalb gerade nicht auf High-Tech (der am stärksten segregierte Teil der Start-up-Ökonomie), sondern auf technologiearme Geschäftsideen.

In Berlin war die Entstehung einer lebendigen Lab-Szene das Ergebnis der enormen Freiräume in den 1990er Jahren: Flächen und Immobilien waren leicht verfügbar, Regulierung fand kaum statt. Seither haben sich viele experimentelle Orte in kommerzielle Einrichtungen verwandelt. Norbert Herrmann von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Öffentliche Betriebe betonte das mittlerweile hoch entwickelte Start-up Ökosystem Berlins mit Rocket Internet als zentraler „Start-up-Universität". Axel Watzke, Lab-Betreiber und Mitgründer der Kommunikationsagentur anschlaege.de, argumentierte dagegen, offene Orte müssten stärker geschützt werden, entweder durch Eigentum an den genutzten Immobilien oder alternative Formen der Eigentumsregulierung.

Dr. Peter Eulenhöfer, Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH

Auf dem Abschlusspanel diskutierten die Teilnehmenden, dass es schwierig ist, den Wert von Labs für eine Stadt oder Region an konventionellen Maßstäben (Jobs, Unternehmensgründungen) zu bemessen. Labs, insbesondere nicht-kommerzielle, seien eher eine „weiche", kulturelle Infrastruktur, deren Nutzen sich erst sehr zeitverzögert zeige.

Einen Praktikerworkshop zum Abschluss eines Leitprojekts veranstaltete die Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" erstmals im November 2014. Damals begann sie damit, Erkenntnisse aus ihrer Innovationsforschung – speziell zur Mobilität und Prozesshaftigkeit von Innovationen – in die innovationspolitische Debatte einzubringen. In dieser herrscht seit den 1990er Jahren eine starke Betonung von Spezialisierung, regionaler Konzentration, Technologie und technologieorientierten Organisationen (Unternehmen, Institute) vor. Ein bei dieser Gelegenheit diskutiertes Thesenpapier des Leitprojektteams, in welchem eine Öffnung der regionalen Innovationspolitik in mehrerlei Hinsicht – Adressaten der Politik, räumliche Begrenzungen, Verständnis von Innovation – angeregt wurde, legte den Grundstein für einen produktiven Austauschprozess mit Praktiker/-innen aus Wirtschaftsförderung und Innovationspolitik. Dessen zentrales Ergebnis ist heute das innovationspolitische Konzept der „Offenen Region". In bisher drei Veranstaltungen, einem Regionalgespräch und zwei Workshops mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB), konkretisierten sich im Austausch Ideen für Fördermaßnahmen und Projekte. Zuletzt kamen am 19. November 2018 Vertreter/-innen der WFBB, u.a. Dr. Peter Eulenhöfer, Bereichsleiter Arbeit, Energie, Gründung & Internationalisierung, ans IRS, um mit Wissenschaftler/-innen der Forschungsabteilung über die Weiterentwicklung der Berlin-Brandenburger Clusterpolitik zu diskutieren.

Mittlerweile haben neue innovationspolitische Ideen, wie sie auch von der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" vertreten werden, etwa der Einbezug von Nutzern in Innovationsprozesse und ein verändertes, sozialeres Verständnis von Innovation, Eingang in die Politikformulierung gefunden. So hebt die im Januar 2019 beschlossene Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025) die Bedeutung sozialer Innovationen sowie von „Reallaboren" hervor. In ähnlicher Weise hofft die Forschungsabteilung die Praktiker-Diskussionen um „Open Creative Labs" zu bereichern. So steht ein Policy-Paper mit dem Titel „Do It! Partizipation und Innovation durch ‚Machen' in Open Creative Labs. Politische Gestaltungsaufgaben und Förderoptionen", basierend auf den Ergebnissen des anfangs genannten BMBF-Projekts, auf der IRS-Website zum Download bereit. An beiden Beispielen lässt sich ablesen, dass das Modell eines dialogorientierten Wissenstransfers am IRS aktiv gelebt wird. ■

Policy-Paper „Do It!"
Download unter:
::: leibniz-irs.de/wissenstransfer/transferpublikationen

Kontakt:
Prof. Dr. Suntje Schmidt
Tel. 03362 793 172
suntje.schmidt@leibniz-irs.de

Internationale Veranstaltungen zu Migration, Diversität und Stadtentwicklung

Um die Erkenntnisse aus ihrer aktuellen Forschung in die internationale Forschungslandschaft einzubetten, organisierte die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ im Herbst 2018 eine Reihe von internationalen Veranstaltungen.

Das Symposium **„What Drives Urban Transformation? The Urban Governance of Migration and the Local Scale in European perspective“** am 15. Oktober 2018 widmete sich der übergreifenden Frage, wie die Spannung zwischen nationalstaatlicher Regulierung und lokaler Planung in der Praxis bearbeitet wird. Eingeladen waren Prof. Dr. Andreas Pott, Direktor des Instituts für Migrations- und Integrationsforschung der Universität Osnabrück (IMIS), Prof. Dr. Peter Scholten, Universität Rotterdam, Leiter des Netzwerkes International Migration, Integration and Social Cohesion (IMISCOE), und Prof. Dr. Petra Bendel, Universität Erlangen, Mitglied des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen für Integration und Migration.

Die IRS International Lecture on Society and Space mit Prof. Dr. John Mollenkopf von der City University of New York (CUNY) am 15. November 2018 mit dem Titel: „Immigrant Origin Communities and Urban Politics“, befasste sich mit dem Vergleich der politischen Antworten auf das schnelle Wachstum von Einwanderungsgruppen und deren politischer Repräsentanz in unterschiedlich großen Städten in den USA. Besonderes Augenmerk lag auf der Betrachtung des Zusammenhanges von Pro-Immigrationspolitiken, den demographischen Unterschieden zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung und den Dynamiken von Allianzen. Mollenkopf nahm auch eine transatlantisch vergleichende Perspektive ein und zeigte, dass die in Europa virulente Debatte über die kosmopolitischen Städte auch in den USA zu finden ist, wo die kleineren und abgelegenen Städte häufiger mit fremdenfeindlichen Einstellungen zu kämpfen haben. Er zeigte, dass die Institutionen der Einwanderungsgesellschaft vor der Herausforderung stehen, über die klassischen Metropolen der Immigration hinaus zu wachsen und sich auf die Vororte, die kleineren Provinzstädte und den Süden der USA hin zu orientieren.

Prof. Dr. Mike Raco (Bartlett School of Planning, University College London) referierte anlässlich seines IRS Seminars **„Neither Anywhere nor Somewhere – Local Social Imaginaries and the Politics of Diversity in London”** am 16. November 2018 zur aktuellen Debatte über Diversität und Migration. Die Spaltung der Gesellschaft in die „somewheres“ – jene, die an Orten verwurzelt sind und Globalisierung und Migration mitunter ablehnend gegenüber stehen – und den „anywheres“ – die zur wirtschaftlichen und sozialen Elite gehören, die von der Globalisierung profitieren und außenorientiert agieren – sei ein häufiges Argumentationsmuster. Raco stellte diesem entgegen, dass es vor allem die alltäglichen und kontinuierlichen Begegnungen mit Migration und Diversität seien, die sich auf die lokalen Vorstellungen („local social imaginaries“) über Migration auswirkten. Erst durch Interaktion und Reflexion, durch das städtische Miteinander, werde das „Andere“ überhaupt erst konstruiert.

Der internationale Workshop am 19. November 2018 **„Including LGBTIQ* into Urban Governance and Strategies of Regeneration“** widmete sich dem veränderten Stellenwert des Umgangs mit sexueller Vielfalt in Stadtentwicklungsprozessen. Jesko Meißel, der sich in seinem Dissertationsprojekt mit dieser Frage beschäftigt, hatte den Workshop organisiert. Hier zeigten die internationalen Beispiele (Stockholm, Manchester, Accra), welche langjährigen und konflikthaften Auseinandersetzungen geführt werden mussten, bevor Verwaltungen überhaupt damit begannen, Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung als relevantes Thema für Stadtentwicklung anzuerkennen. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Felicitas Hillmann
Tel. 03362 793 230
felicitas.hillmann@leibniz-irs.de

Internationaler Expertenworkshop Grenzraumforschung am IRS

Dr. habil. Anna Kacperczyk | Universität Łódź

Prof. Dr. Andrzej Sakson | Poznań

Seit 2007 ist die Grenze zwischen Polen und Deutschland offen. Wie hat sich der Grenzraum seither entwickelt? Die Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ geht dieser Frage in ihrem DFG-geförderten Forschungsprojekt „Socio-spatial Transformations in German-Polish ‚Interstices‘. Practices of Debordering and Rebordering (De-Re-Bord)“ auf den Grund. Dabei untersucht sie nicht nur, welche Transformationen die Öffnung der Grenze bewirkt hat, sondern auch, inwiefern im Alltag der Menschen, die sich in diesem Raum bewegen, nunmehr neue, inoffizielle Grenzen entstehen – etwa wenn Einwohner/-innen aufgrund von fehlenden Grenzkontrollen eigene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen. Besonders interessiert sich das Forschungsteam für die Frage, inwieweit eventuell auch neue „Zwischenräume“ („Interstices“) zwischen den nationalen Hoheitsgebieten geschaffen werden. Das „De-Re-Bord“-Projekt betrachtet den Zeitraum von der Grenzöffnung zwischen Deutschland und Polen im Jahr 2007 bis 2019.

Am 3. und 4. September 2018 fand am IRS ein erster Expertenworkshop statt, um dem Projektteam Impulse für die weitere Arbeit zu geben. Daran nahmen neben dem deutschen und dem polnischen Teil-Team unter Leitung von Prof. Dr. Gabriela Christmann (IRS) bzw. Dr. habil. Jerzy Kaczmarek (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) auch sechs externe Expert/-innen teil: Prof. Dr. Monika Eigmüller (Europa-Universität Flensburg), Fabian Gülzau (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. habil. Anna Kacperczyk (Universität Łódź), Prof. Dr. Andrzej Sakson (Poznań), Prof. Dr. Waldemar Kuligowski (Poznań) und Prof. Dr. James Scott (University of Eastern Finnland, Joensuu).

Auch wenn der Workshop schon relativ früh nach dem Projektstart (1. Mai 2018) stattfand, konnte das Team bereits erste Ergebnisse aus Beobachtungen präsentieren, die im Rahmen der explorativen Phase des Projekts herausgearbeitet worden sind. Beide Teams hatten jeweils erste Gespräche mit lokalen Akteuren geführt, die sich in den Grenzbeziehungen vor Ort gut auskennen. Sie haben außerdem teilnehmende Beobachtungen mit ethnographischen Interviews an den zentralen Grenzübergängen Frankfurt (Oder) und Slubice, in den Dörfern Grießen und Późna sowie an Busbahnhöfen in Berlin und Poznań durchgeführt. Was die untersuchten Grenzräume angeht, so kommen damit nicht nur unmittelbar benachbarte Städte und Dörfer, also *eng gefasste* Grenzräume in städtischen und eher ländlich geprägten Gebieten in den Blick, sondern auch *ein weiter gefasster* Grenzraum auf der Achse Berlin und Poznań.

Dr. Maciej Frąckowiak (Poznań) und Dr. Vivien Sommer (IRS) gaben Einblicke in die ersten Befunde: Die Ergebnisse legen unter anderem nahe, dass man bei den untersuchten Grenzgebieten keinesfalls von „Zwischenräumen“ sprechen kann. Natürlich ist es mit dem Verschwinden von Grenzschlagbäumen und Grenzkontrollen für die Bewohner/-innen der Grenzgebiete bedeutend leichter geworden, die Grenze zu passieren und die jeweils andere Seite der Grenze zu erkunden. Tatsächlich gehen auch viele Deutsche nach Polen zum Einkaufen, und Polen nutzen beispielsweise Freizeitangebote in Deutschland. Es kann jedoch nicht die Rede davon sein, dass es einen intensiven wechselseitigen Austausch in den Gebieten gäbe oder dass ein Zusammenwachsen der einst durch eine harte Grenze getrennten Räume beobachtet werden könnte. Initiativen wie das Projekt „Słubfurt“ des Künstlers Michael Kurzwelly, das die an der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Städte Frankfurt (Oder) und Słubice zu einer gemeinsamen Stadt in einer Art „Zwischenraum“ zusammendenkt, sind doch eher selten. Und die Akteure vor Ort beklagen, dass die Zusammenarbeit auf der institutionellen Ebene, wie etwa zwischen städtischen Behörden auf der deutschen und der polnischen Seite, eher projektförmig-temporär angelegt und daher noch fragil ist.

Die eingeladenen Experten haben dazu sehr rege diskutiert. Es wurde festgestellt, dass man die Entwicklung von Grenzgebieten immer auch vor dem Hintergrund der spezifischen Geschichte der Gebiete betrachten muss.

So haben etwa Experten wie Monika Eigmüller und James Scott auf die lange

und wechselvolle Geschichte zwischen Deutschland und Polen verwiesen, die ein schnelles Zusammenwachsen nicht leicht macht.

Neben den Impulsvorträgen des DE-RE-BORD-Teams gaben auch die eingeladenen Expert/-innen Einblick in ihre aktuelle Forschung und bezogen sich dabei schon vergleichend auf das DE-RE-Bord Projekt.

In Zukunft werden im Forschungsprojekt noch weitere methodische Werkzeuge für empirische Erhebungen eingesetzt werden. Mit dem Ansatz des „Walking-With-Videos" wird das DE-RE-Bord Team auf „Spaziergängen", die zusammen mit Untersuchungsteilnehmer/-innen in den Grenzgebieten durchgeführt werden, erforschen, wie diese „ihr" Grenzgebiet wahrnehmen, was für sie die Grenze im Einzelnen ist, welche Gestalt für sie die Grenze hat. Die Spaziergänge werden per Video aufgezeichnet, um die räumlichen Gegebenheiten und die Verweise auf die physisch-materiellen Ausprägungen „der" Grenze visuell zu dokumentieren.

Auch die Alltagspraktiken und die Mobilität von Bewohner/-innen in den Grenzräumen sollen künftig exemplarisch analysiert werden. Zu diesem Zweck lassen die Forscher/-innen ihre Untersuchungsteilnehmer/-innen künftig für eine Zeit lang Mobilitätstagebücher führen. Gleichzeitig werden die Bewegungen, die die Untersuchungsteilnehmer/-innen in den Grenzräumen vollziehen, über ein GPS-Tracking durch eine speziell dafür entwickelte Smartphone-App erfasst. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Vivien Sommer
Tel. 03362 793 209
vivien.sommer@leibniz-irs.de

Workshop Klimaschutz und Energiewende in der Regionalplanung

Ein verstärkter Klimaschutz und die damit zusammenhängende Energiewende genießen allgemein eine hohe Zustimmung. Dennoch kommt es vor Ort insbesondere im Zuge des Ausbaus der Windenergie immer wieder zu Irritationen und Konflikten. Die Anforderungen an die Steuerung der Energiewende vor Ort sind hoch. Sie stellen insbesondere die Regionalplanung vor große Herausforderungen. Wie kann sie zu einer erfolgreichen Energiewende beitragen? Wie muss sie sich verändern und inwiefern hat sie sich bereits auf innovative Art weiterentwickelt?

Am 24. und 25. Oktober 2018 veranstalteten die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), der Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern und der regionale Planungsverband Westmecklenburg gemeinsam einen Workshop in Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) zum Thema „Klimaschutz und Energiewende in der Regionalplanung". Die teilnehmenden Planungspraktiker/-innen und Wissenschaftler/-innen diskutierten und verabschiedeten 13 Thesen für eine erfolgreiche Energiewende – zunächst mit Gültigkeit für Mecklenburg-Vorpommern, aber mit dem Potenzial für einen Transfer. Darin werden in fachlicher Detailschärfe sowohl die formellen Instrumente der Regionalplanung als auch weitergehende Ansätze zur Partizipation, zur Schaffung von Akzeptanz und zur Beratung aktiver Kommunen diskutiert. Beispielsweise fordern die Autor/-innen eine beratende Institution für Kommunen auf regionaler Ebene („regionale Energieagentur"), um Informationsdefizite kommunaler Akteure auszugleichen.

An der Vorbereitung des Workshops in Ludwigslust war auch das IRS beteiligt: In die Diskussionen flossen die Zwischenergebnisse einer Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ein. Die Arbeitsgruppe wird geleitet von Dr. Ludger Gailing, kommissarischer Abteilungsleiter der IRS-Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter", in Kooperation mit Dr. Petra Overwien (Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg). Sie widmet sich seit Anfang 2016 der Thematik der „Regionalen Steuerung der Energiewende in Nordostdeutschland" und fragt insbesondere, welche Innovationen im Planungssystem damit verbunden waren.

Ausgangspunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe war die Feststellung, dass Nordostdeutschland ein räumlicher „Hotspot" der deutschen Energiewende ist. Vor diesem Hintergrund sollte eruiert werden, wie dieser Erfolg möglich

Die Ludwigsluster Thesen zur Energiewende in der Regionalplanung zum Download:
::: www.arl-net.de/system/files/ludwigsluster_thesen_2018.pdf

Kontakt:
Dr. Ludger Gailing
Tel. 03362/793-252
ludger.gailing@leibniz-irs.de

war, welche Rolle die Regionalplanung dabei spielte und ob die Energiewende sogar als Treiber für Innovationen in der Regionalplanung fungierte. Die Forschungsarbeit der Arbeitsgruppe basierte in methodischer Hinsicht auf der Durchführung von Fokusgruppen mit Planungspraktiker/-innen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Dabei zeigte sich, dass die Regionalplanung nicht nur von Innovationen im Handlungsfeld der Energiewende beeinflusst wird, sondern auch selbst aus ihrer eigenen Praxis heraus Innovationen generiert. Auf dem Workshop in Ludwigslust stellte sich die Arbeitsgruppe erneut der Fachöffentlichkeit und generierte zugleich einen ersten Praxis-Impact in Form der 13 „Ludwigsluster Thesen". Sie wird ihre Arbeit 2019 mit der Publikation eines ARL-Forschungsberichts abschließen. ■

Veranstaltung
IRS beteiligt sich an den EnergyDays 2018 in Leipzig

Das Programm des EnergyDays finden Sie unter
::: www.ufz.de/index.php?en=44101

Kontakt:
Dr. Ludger Gailing
Tel. 03362 793 117
ludger.gailing@leibniz-irs.de

Das Umweltforschungszentrum Leipzig (UFZ) veranstaltete von 24. bis 25. September 2018 gemeinsam mit der Universität Leipzig, der Leibniz-Universität Hannover, der Technischen Universität Berlin und dem IRS die „EnergyDays 2018" zum Thema „Energy Landscapes of Today and Tomorrow". Die internationale Konferenz nahm die Konsequenzen der Expansion erneuerbarer Energien in den Blick: Mit einem dezentraleren und flächenintensiveren Energiesystem – verglichen mit einem auf fossilen und nuklearen Energieträgern basierenden System – sind spezifische Herausforderungen für Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Energiegerechtigkeit verbunden. Die Konferenz verfolgte das Ziel, die regionalen, nationalen und europäischen Effekte und Kosten-Nutzen-Relationen neuer Technologien und Systemelemente der „Energiewende" in ihren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen zu verstehen. Das IRS wurde vertreten durch Dr. Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter", der auch zu den Organisatoren sowie zum wissenschaftlichen Steuerungskreis der „EnergyDays 2018" gehörte. ■

Konferenz
Vierte ENCOUNTER-Conference in Frankfurt (Oder)

::: www.encounter-viadrina.de

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Vom 4. bis zum 7. Oktober 2018 veranstaltete die Europa-Universität Viadrina gemeinsam mit dem IRS in Frankfurt (Oder) die vierte „ENCOUNTER-Conference" zum Thema „Managing manorial heritage. Scaling and balancing of public and private issues". Prof. Dr. Gabriela Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum" und Prof. Dr. Paul Zalewski, Inhaber der Professur für Denkmalkunde an der Viadrina, sind Mitglieder des European Network for Country House and Estate Research (ENCOUNTER). Das Netzwerk setzt sich seit 2015 für den Aufbau von Partnerschaften zwischen europäischen Wissenschaftler/-innen und Kulturinstitutionen mit einem professionellen Interesse an der Erforschung und dem Erhalt von historischen Herrenhäusern und Landgütern ein. Die Konferenz widmete sich der Frage, welche Herausforderungen beim Erhalt historischer Landgüter angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen in Europa zu bewältigen sind, und wie der Erhalt praktisch ausgestaltet werden kann. Bedeutende Trends sind etwa sich verschiebende Landnutzungs- und Eigentumsverhältnisse, planungsrechtliche Rahmenbedingungen und neue touristische Nutzungsansprüche. In sechs Sessions tauschten sich internationale Expert/-innen zu Bedingungen und Dynamiken auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen aus: auf der Makroebene der politisch-planerischen Rahmenbedingungen für den Erhalt von Herrenhäusern, auf der Mesoebene bedeutender Organisationen und Stiftungen sowie auf der Mikroebene lokaler Akteurskonstellationen. Die erste ENCOUNTER-Publikation, ein Sammelband mit dem Titel „Estate Landscapes in Northern Europe" wird 2019 erscheinen. Die nächste ENCOUNTER-Conference wird 2019 in Groningen (Niederlande) stattfinden. ■

Der Vorlass von Iris Dullin-Grund in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS

Selbstverständlich gab es sie in der DDR, und in relativ großer Zahl: Architektinnen. Jedoch waren sie weniger sichtbar als ihre männlichen Kollegen und gelangten nur selten in führende Positionen des Bauwesens. Eine Ausnahme war die Architektin Iris Dullin-Grund (geb. 1933), bis 1990 Stadtarchitektin von Neubrandenburg. Die Wissenschaftlichen Sammlungen schätzen sich glücklich, dass sie ihren Vorlass dem IRS zur dauerhaften Bewahrung überlassen hat. Ihre umfangreichen beruflichen Unterlagen (vor allem Zeichnungen, Pläne, Korrespondenzen, Fotos, Presseberichte und eigene Veröffentlichungen) stehen somit Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit zur Verfügung.

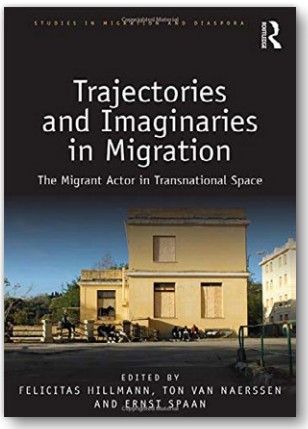
Gleich mehrere Umstände heben Leben und Werk Dullin-Grunds heraus, weshalb sie auch zu denen gehörte, die 2017/18 in der Ausstellung „Frau Architekt“ im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main gewürdigt wurden (mit dem IRS als einem der Leihgeber). Als eine von nur zwei Frauen in der prominenten Position eines Stadtarchitekten zeichnete sie für die Planung und Neugestaltung der stark wachsenden Bezirksstadt Neubrandenburg verantwortlich und hat dort in ihrer 20-jährigen Tätigkeit viele Spuren hinterlassen. Im Stadtzentrum hatte sie schon zuvor als Gewinnerin eines Wettbewerbs das markante, 1965 fertiggestellte Haus der Kultur und Bildung als modernistisches Turmhochhaus für diverse kulturelle Einrichtungen errichten können.

Überhaupt zog die talentierte Architektin, die an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee unter anderem bei dem Bauhäusler Selman Selmanagić studiert hatte, früh Aufmerksamkeit auf sich. Ende der 1950er Jahre arbeitete sie erst einige Zeit bei Hermann Henselmann in Ost-Berlin, dann kurz auch bei Ernst May in Hamburg. Bewusst entschied sie sich jedoch für die DDR, wo sie für ihre viel beachteten Erfolge mehrfach ausgezeichnet wurde und in der Bauakademie zugleich wissenschaftlich tätig war. Nach der Wiedervereinigung war sie noch einmal fast 20 Jahre lang in Berlin sowie zeitweise in Südfrankreich selbstständige Architektin.

Zwei Umstände sind noch erwähnenswert: Zum einen freundete Iris Dullin-Grund sich mit Brigitte Reimann an. Als die Schriftstellerin ihren wichtigen Roman Franziska Linkerhand über Hoffnungen und Enttäuschungen beim Aufbau der DDR schrieb, war Dullin-Grund eines der wesentlichen Vorbilder für die Titelfigur. Außerdem fand die allseits anerkannte, zugleich fotogene Expertin in der Öffentlichkeit viel Beachtung und wurde regelrecht inszeniert: Wiederholt berichteten Medien der DDR und teilweise auch der Bundesrepublik über sie als emanzipierte, beruflich erfolgreiche und selbstbewusste Frau (mit Familie) in verantwortlicher Position. Gemessen an ihrer medialen Präsenz war Dullin-Grund wohl sogar die DDR-Architektin schlechthin. Aus all diesen Gründen ist eine eingehendere Beschäftigung mit ihrer Biographie sehr zu wünschen. Ihr Vorlass im IRS bietet dafür eine hervorragende Grundlage. ■

Kontakt:
Dr. Kai Drewes
Tel. 03362 793 143
kai.drewes@leibniz-irs.de

Neu erschienen
Sammelband zu internationaler Migration



Hillmann, F., van Naerssen, T., Spaan, E. (Eds.) (2018). Trajectories and Imaginaries in Migration: The Migrant Actor in Transnational Space. (Studies in Migration and Diaspora). Abingdon and New York: Routledge.

Kontakt:
Prof. Dr. Felicitas Hillmann
Tel. 03362 793 230
felicitas.hillmann@leibniz-irs.de

Internationale Migration steht weit oben auf der politischen Agenda vieler nationaler Regierungen und internationaler Organisationen. Das liegt zum Teil an den Zahlen, viel mehr aber noch an der Erkenntnis, dass Migration ein auf Dauer gestelltes Thema bleiben wird. Die Zahl der internationalen Migranten hat sich zwischen 1970 und 2015 absolut gesehen verdreifacht (auf 244 Millionen), anteilig ist dieser Anteil an der gesamten Weltbevölkerung dagegen verhältnismäßig stabil (oszillierend um etwa 3,3 %). Die Zahlen zeigen, dass Migranten vor allem zwischen den Ländern des Globalen Südens wandern – und eine hohe Mobilität war lange selbstverständlich. Mehr Menschen aus immer vielfältigeren Herkunftsländern kommen nun jedoch in eine schrumpfende Zahl von Zielländern im Globalen Norden. Doch – und dies ist der Grundton des im August 2018 erschienenen Sammelbandes „Trajectories and Imaginaries in Migration: The Migrant Actor in Transnational Space" – man muss hinter die Zahlen schauen und verstehen, was die Menschen antreibt und welche Vorstellungen, welche mentalen Bilder, („Imaginaries") sie mit auf ihre Wanderung nehmen.

Der Band wurde herausgegeben von Prof. Dr. Felicitas Hillmann (IRS), Dr. Ton van Naerssen (Nijmegen Center for Border Research) und Dr. Ernst Spaan (Radboud University Nijmegen). Darin beschäftigen sich 19 Autor/-innen aus den Politikwissenschaften, Soziologie, Humangeographie und Ethnologie mit den „Trajectories" und „Imaginaries" der Migration. Die zehn Beiträge thematisieren hauptsächlich afrikanische und chinesische Migrant-/innen, meist in Zusammenhang mit Europa als Zielregion. Der Band versammelt Beiträge zur aktuellen internationalen Migrationsforschung und richtet sich in erster Linie an diese wissenschaftliche Fachcommunity. Es spricht aber durch die gewählten Beiträge auch die Praktiker in den politiknahen Institutionen an.

Die Autor/-innen rücken die subjektive Perspektive der Wandernden in den Mittelpunkt. Statt diese als passive Spielbälle im Kräftefeld von „Push" und „Pull"-Faktoren, von Anreizen und Abschreckung zu betrachten, so die zentrale Forderung, soll die Forschung auf die vielfältigen migrantischen Wahrnehmungen und Erfahrungen ernst nehmen. Migrationshandeln – und dies schließt die Entscheidung zu migrieren genauso ein wie die Entscheidung zu bleiben oder zurückzukehren – wird als aktive Arbeit an der eigenen Resilienz beschrieben, die eingebettet ist in strukturelle Abhängigkeiten, persönliche Netzwerke, Kulturen und Deutungen der eigenen Lebenssituation bzw. der vermuteten Potentiale anderswo.

Mit dem Begriff der „Trajectories" analysieren die Autor/-innen die komplexen und veränderlichen Pfade der Migration. Im Verlauf von Wanderungen werden Migrant-/innen mit Herausforderungen konfrontiert, die sie, mitunter auf brutale Art, zu Anpassungen und flexiblen Reaktionen bewegen. Während in der migrationspolitischen Diskussion nach kategorischen und permanenten Problemlösungen gesucht wird, suchen die Migrant/-innen nach für sie selbst pragmatischen Problemlösungen, meist mit ad hoc-Charakter. Sie passen ihre Vorstellungen und Ziele an die sich entwickelnden Gegebenheiten an, was zur Herausbildung einer großen Bandbreite an „Migration Trajectories" führt. ■

IMPRESSUM

IRS AKTUELL No 92, März 2019
ISSN 0944 7377

Herausgeber:

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung
Flakenstraße 29-31, 15537 Erkner

Tel. 03362 793 0, Fax: 03362 793 111
E-Mail: felix.mueller@leibniz-irs.de
::: www.leibniz-irs.de

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
stellv. Leitung: Prof. Dr. Gabriela Christmann
Redaktion: Felix Müller (v.i.S.d.P.), Petra Koch
Layout: Henrika Prochnow
Druck: viaprinto
Bestellung von Publikationen: Tel. 03362 793 118
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten
Die Beiträge in diesem Magazin entstanden in Zusammenarbeit von Felix Müller und den Wissenschaftler/-innen des IRS.

Fotos:
Titelcollage: Elenathewise/stock.adobe.com, freshidea/stock.adobe.com, Rainer Fuhrmann/stock.adobe.com; S. 2, S. 4: Alper Çuğun/ CC BY 2.0/flickr.com; S. 5: Tom Bayer/stock.adobe.com; S. 2, S. 7, S. 8: Felicitas Hillmann; S. 10: Der Emil/CC BY-NC-ND 2.0/flickr.com; S. 11: IWHR/CC BY-SA 3.0/commons.wikimedia.org; S.2, S. 12: Giuseppe Porzani/stock.adobe.com; S. 2, S. 14 (v.l.n.r.): Pedroserafin/CC BY-SA 3.0/commons.wikimedia.org, anastasios71/stock.adobe.com, jon_chica/stock.adobe.com, travelpeter/stock.adobe.com; S.2, S. 17: Leibniz Gemeinschaft; S. 18: Leibniz Gemeinschaft; S.2, S. 19: Rainer Fuhrmann/stock.adobe.com, Heino Pattschull/stock.adobe.com; S. 20: Stephan Walochnik /stock.adobe.com; S.21: Frank Hamm/flickr.com; S. 23: Jan Zwilling; S. 25 o.: fotografci/stock.adobe.com, u.: stylefoto24/stock.adobe.com; S. 26: Jörg_Blobelt/creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0; S 28 o.: von li. nach re.: caratello/CC BY-NC 2.0/ flickr.com, Queryzo/CC BY-SA 4.0/commons.wikimedia.org, Ralf Roletschek - Eigenes Werk, GFDL 1.2, commons.wikimedia.org; S. 32: Felicitas Hillmann; S. 35: Ralf Lotys/CC BY-2.5/commons.wikimedia.org; S. 36 u.: Deutsche Post der DDR; S. 40: li: Rainer Sturm/pixelio.de; Mitte: Viktor Mildenberger/pixelio.de; re.: Hans Peter Häge/pixelio.de;
Portraits: Frank Bentert: S. 3, S. 6 u., S. 16 o., S. 18; Dagmar Morath: S. 9, S. 43 (Hillmann); Thomas Ecke: S. 6 o., S. 11; Ernst Fessler: S. 16 u., S. 43 u.;
weitere Fotos: IRS und privat

Neu erschienen
Themenheft zur Geographie der Kreativität

Im November 2018 erschien das Themenheft „Creativity in arts and sciences: collective processes from a spatial perspective“ der Fachzeitschrift „Environment and Planning A: Economy and Space“. Als Gast-Herausgeberin und Herausgeber fungieren Dr. Johanna Hautala (Universität Turku) und Prof. Dr. Oliver Ibert (IRS und Freie Universität Berlin). Es versammelt vier Beiträge, zwei Kommentare und ein Einleitungskapitel von Autorinnen und Autoren der soziologischen und wirtschaftsgeographischen Kreativitätsforschung. Aus dem IRS sind, neben Ibert, Dr. Verena Brinks, Prof. Dr. Suntje Schmidt und Dr. Felix C. Müller als Autor/-innen vertreten.

Kreativität ist seit geraumer Zeit ein wichtiges Forschungsthema in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen – einschließlich der Wirtschaftsgeographie – und außerdem ein Buzzword in öffentlichen Debatten. Dennoch ist die Frage, was Kreativität ausmacht und wie sie entsteht, keineswegs beantwortet. Das Themenheft soll der Kreativitätsforschung gleich mehrere wesentliche Impulse geben. So soll der geographische Blick auf Kreativität erweitert werden: Wurden bisher überwiegend pulsierende städtische Zentren als besonders kreative Orte gefeiert, so wendet sich die Forschung in letzter Zeit den Peripherien zu. Diese sollen aber nicht (nur) als Gegenmodell zu den Zentren verstanden werden, sondern in Wechselwirkung mit ihnen. Dabei ist besonders die Mobilität kreativer Gruppen und Individuen wichtig: Wie bewegen sie sich zwischen Zentrum und Peripherie, und was bedeutet das für ihre kreative Leistung? Schließlich stellen die Autor/-innen eine sehr grundsätzliche Grenzziehung in Frage, nämlich die zwischen Wissenschaft und Kunst. Funktionieren die beiden Domänen wirklich auf so unterschiedliche Art, wie üblicherweise angenommen wird?

Die in dem Themenheft zusammengeführten Erkenntnisse sind reichhaltig. Manche kreativen Leistungen entstehen, weil ihre Protagonisten bewusst die Freiheit der Peripherie suchen, wo die Vertreter von Konvention und Orthodoxie keine Macht haben. Andere, wie der Geograph William Bungee, müssen in die Peripherie ausweichen, wie Prof. Trevor Barnes (University of British Columbia) in seiner Reflexion über kreative Umbrüche in der eigenen Disziplin zeigt. Bungee revolutionierte in den 1960-er und 70-er Jahren gleich zweimal die Geographie. In Seattle war er maßgeblich beteiligt an der „quantitativen Revolution“ der anglophonen Humangeographie. Nur etwa zehn Jahre später, nunmehr in Fitzgerald, einem von ethnischer Segregation und Armut geprägten Stadtteil in Detroit lebend und der dortigen Wayne State University lehrend, legte er den Grundstein für eine aktivistische, partizipativ arbeitende politische Stadtgeographie. An den für die Disziplin maßgeblichen Universitäten im Mittleren Westen der USA – dem Zentrum – war er mit keiner dieser als radikal empfundenen Ideen geduldet. An den Grenzen seiner Disziplin konnte er sie umsetzen. Doch auch die Kreativen in der Peripherie zieht es zurück in die Zentren, denn dort sitzen die wichtigen Bewertungsinstanzen. Künstler müssen sich irgendwann den Galerien und Auktionshäusern stellen, Architekten der Architektenkammer. Kreativität liegt nicht in der Peripherie allein, sondern in der Oszillation zwischen beiden Welten.

Jede Domäne, jede Disziplin, Profession oder Kunst, hat ihre eigenen Zentren und Peripherien. Manchmal werden auch ganz neue Domänen geschaffen, wie Dr. Niki Vermeulen (University of Edinburgh) in ihrem Beitrag zur Entstehung der Systembiologie zeigt. Diese entwickeln dann ihre eigene Landkarte, bestehend aus wenigen, neuen Zentren – herausragende Institute, neu gegründete Hightech-Unternehmen – und viel Peripherie. In dem Beitrag des Autorenteams des IRS steht die Mobilität im Zentrum des Interesses. Sie zeigen, dass Beteiligten an kreativen Prozessen in drei Feldern – der Biotechnologie, der Rechtsberatung und der Brettspielentwicklung – weitgehend von Nicht-Wissen und Unsicherheit geprägt sind. Erst im Verlauf wird es möglich, überhaupt genauer zu bestimmen, welches Wissen noch fehlt zum Erfolg. Daher ist der Prozess anfänglich stark durch ungeplante Begegnungen und Gelegenheiten getrieben, erst später, wenn genauer eingegrenzt

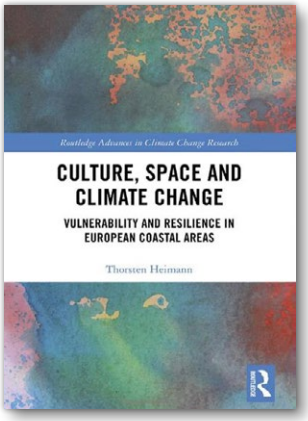
werden kann, was noch fehlt, kommen geplante Formen von Mobilität und das gezielte Suchen über Distanz hinzu. Die genannten Beispiele zeigen bereits, dass Kunst und Wissenschaft sich, was die Räumlichkeit ihrer Kreativprozesse angeht, nicht besonders unterscheiden. Hautala und Ibert betonen, dass die konkreten Praktiken der Erzeugung des Neuen sich durchaus ähneln, wohingegen die offiziell herangezogenen Bewertungsmaßstäbe des Neuen sich weiterhin stark unterscheiden.

Die Arbeit an dem Themenheft nahm ihren Anfang bei der von der DFG geförderten internationalen Konferenz „Creativity in Arts and Science", die im Mai 2015 am IRS stattfand, und auf der die im Heft versammelten Autor/-innen ihre Forschung präsentierten. Aus der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" flossen die gesammelten Ergebnisse aus zwei Leitprojekten ein. Langjährige Kooperationsbeziehungen der Abteilung führten viele der Autor/-innen zusammen; etwa mit der Universität Turku in Finnland, von der Dr. Johanna Hautala für ein Jahr als Gastwissenschaftlerin ans IRS kam, zum Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalökonomie der HafenCity Universität Hamburg (Prof. Dr. Gernot Grabher) und zum Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin (Prof. Dr. Jörg Sydow) im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Organized Creativity". ■

Hautala, J., Ibert, O. (2018). Creativity in arts and sciences: Collective processes from a spatial perspective. (Themed Issue). Environment and Planning A: Economy and Space 50 (8).

Kontakt:
Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 150
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Neu erschienen
Buch zur Relevanz von Klimakulturen



Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Katowice führte die polnische Regierung vorübergehende Grenzkontrollen ein. Begründung: Die öffentliche Sicherheit sei durch ausländische Aktivisten bedroht. Diese abwehrende Haltung gegen eine offene Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist nicht nur repräsentativ für die aktuelle Regierungspolitik in Polen, sondern auch für einen kulturellen Kontext, in welchem Klimaschutz eine sehr geringe Priorität hat. Ist Klimaschutz also eine Kulturfrage? Der Kulturwissenschaftler und Soziologe Dr. Thorsten Heimann sagt „ja". In seinem Buch „Culture, Space and Climate Change – Vulnerability and Resilience in European Coastal Areas", das im Dezember 2018 bei Routledge erschien, zeigt er, wie kulturelle Hintergründe Klimaschutz und Klimaanpassung hemmen und fördern.

Das Buch erscheint in der Reihe „Routledge Advances in Climate Change Research". Heimann untersuchte in seiner Studie Problemwahrnehmungen des Klimawandels wie auch die Bewertung geeigneter Bewältigungsstrategien in Küstenregionen in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Polen. Vertiefend betrachtete er in Deutschland die Städte Bremerhaven, Lübeck und Rostock. Die These: Sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Klimaanpassung entscheidet vielfach das kulturell geteilte Hintergrundwissen der Akteure darüber, ob Klimawandel als Problem gesehen wird und welche Maßnahmen sie für adäquat halten. Heimann befragte über 800 Entscheider mit Verantwortung für Küstengemeinden aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Er ging nicht davon aus, dass nationale Grenzen immer auch Kulturgrenzen sind. Sein „relationales" Kulturraum-Konzept bedeutet: Je nach Thema kann Wissen in einer globalisierten Welt lokal und weltweit sehr unterschiedlich geteilt werden. Nationale Grenzen können aber weiterhin als (klima-)kulturelle Grenzen in Erscheinung treten.

Die Ergebnisse sind sehr differenziert. Beim Thema Klimaschutz verläuft eine klare Grenze zwischen Polen und den anderen Untersuchungsländern. „Klimaskeptizismus ist eng mit konservativen Wertvorstellungen und Weltbildern verbunden", sagt Heimann. Konservativere Gesellschaften tun sich also schwerer damit, die Prämisse zu akzeptieren, dass der Mensch das Klima verändert und sein Verhalten ändern sollte. Beim Thema Anpassung, etwa im Küstenschutz, teilen Polen und Deutsche wesentliche Vorstellungen, unterscheiden sich aber beispielsweise von den Niederländern. „Die Historie einer Region spielt eine wichtige Rolle", sagt Heimann. „In den Niederlanden ist die Angst vor Landverlusten etwa weitaus

niedriger als in Deutschland oder Dänemark, denn hier hat sich über die Jahrhunderte das Bewusstsein verbreitet, mit Fluten umgehen zu können."

Das hat Konsequenzen für die Klimapolitik. Gesellschaften, in denen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, die dort keine kulturelle Verankerung haben, reagieren mit Unverständnis und Widerstand. Liegen die großen Verwerfungen in der weltweiten Klimadiplomatie also an kulturellen Unterschieden? „Seit mindestens 30 Jahren besteht unter Wissenschaftlern weltweit Konsens darüber, dass Klimawandel menschlich verursacht ist. Die naturwissenschaftlichen Daten liegen seit langem auf dem Tisch. Das menschliche Handeln ändert sich dagegen nur langsam, der CO2-Ausstoß ist sogar weiter gestiegen. Die Übersetzung funktioniert immer noch nicht richtig", sagt Heimann. „Wir müssen also noch viel mehr beim menschlichen Denken und Handeln ansetzen, und diese sind kulturspezifisch. Deshalb müssen wir über Klimakulturen reden". Städte und Länder, die Klimaschutz oder Klimaanpassung vorantreiben wollen, können aus Heimanns Studie lernen, warum bestimmte Akteure ihre Politikansätze mittragen und vorantreiben, während andere sie blockieren.

Das Thema Klimakulturen ist über Europa hinaus relevant. Deshalb begann Heimann in diesem Jahr, ein internationales Netzwerk von Forscher/-innen und Forschern aufzubauen, die sich mit Klimakulturen beschäftigen. Das Team besteht bislang aus Soziolog/-innen, Politikwissenschaftler/-innen, Planer/-innen und Gesundheitswissenschaftler/-innen aus Europa, Asien und Amerika. Die Forscher stießen in den von ihnen untersuchten Fluss- und Küstenregionen auf spezifische, kulturell verwurzelte Arten des Umgangs mit Ereignissen wie Dürren und Überschwemmungen, die im Zuge des Klimawandels häufiger auftreten. Heimann: „Eine global orientierte Forschung über Klimakulturen kann zu einem besseren Verständnis für unterschiedliche Wahrnehmungen des Klimawandels führen, und vielleicht neue Verbindungen zwischen räumlich distanten, aber kulturell ähnlichen Partnern stiften." ■

Heimann, T. (2018). Culture, Space and Climate Change – Vulnerability and Resilience in European Coastal Areas. (Routledge Advances in Climate Change Research). Abingdon and New York: Routledge.

Kontakt:
Dr. Thorsten Heimann
thorsten.heimann@leibniz-irs.de

+++ PRESSESPIEGEL +++ PRESSESPIEGEL +++ PRESSESPIEGEL +++ PRESSESPIEGEL +++ PRESSESPIEGEL +++

Qualität hat Vorrang

Lange Jahre galten die Namen dieser Viertel vielerorts als Synonyme für Armut, soziale Probleme, bis hin zur Gewalt. [...] Seit die Errichtung neuer Stadtviertel wieder ein großes Thema ist, versuchen Planer, Investoren und Verwaltung deshalb aus den Sünden der Vergangenheit zu lernen. „Mit den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre hat man sehr schnell schlechte Erfahrungen gemacht", sagt Oliver Ibert vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner. Heute wisse man, dass es nicht günstig sei, wenn ein Entwickler einen ganzen Stadtteil baut. Wenn dieser also einen sehr großen Grundbesitz erhalte, für den er mehrere tausend Wohnungen entwerfe und zusätzlich das ganze Quartier manage ...

Berliner Zeitung, 27.11.2018

Probleme bei Integration benennen, nicht vertuschen

In der Studie „Kulturelle Vielfalt in Städten" wurden Groß- und Mittelstädte aus West- und Ostdeutschland unterschiedlichen Typen zugeordnet. Germersheim ist hierbei dem Typ „Gestalter" zugerechnet. Die Stadt hat „einen reichen Erfahrungsschatz im Umgang mit kultureller Vielfalt". Das sagte Kai Unzicker von der Bertelsmann-Stiftung [...]. Laut Studie werde das Zusammenleben trotz Konflikten und „sozialräumlichen Segregationstendenzen (Trennung der Nationalitäten) überwiegend positiv beschrieben" [...] Verfasst haben die Studie Professor Dr. Felicitas Hillmann und Hendrikje Alpermann von der Technischen Universität Berlin und vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Die Rheinpfalz, 19.10.2018

Berliner zieht es in die Kleinstädte

Hinterm Berliner Horizont geht's weiter – zumindest mit dem Wachstum. Denn nicht nur die Bevölkerungszahl im direkten Umland steigt [...] Mittlerweile weisen Städte wie Jüterbog, Neuruppin, [...] oder auch Brandenburg/Havel positive Wanderungssalden mit Berlin auf.
„Es ziehen mehr Menschen aus der Hauptstadt dorthin als umgekehrt", sagt Henning Boeth vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner. Die Regionalforscher sprechen von einem „sanften Wachstum" und von einem „erweiterten Metropolenraum". [...] Das Wachstum ist zwar noch ein zartes Pflänzlein. Immerhin könnte es aber dem Leitbild der „Dezentralen Konzentration" aus den 1990er Jahren [...] wieder zu neuem Leben verhelfen[...]

Tagesspiegel, 7.2.2019

Personalien

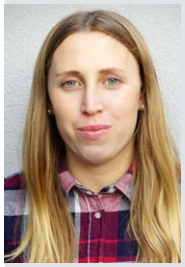
Ruf

Dr. Verena Brinks hat im Januar 2019 einen Ruf auf die mit Tenure-Track ausgestattete Juniorprofessur „Geographie sozialer Medien und digitaler Kulturen“ an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz erhalten. Verena Brinks ist seit Mai 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IRS in der Abteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“, in der sie u.a. zu „User-Innovationen“ forscht und 2016 an der Freien Universität Berlin zu diesem Thema promovierte. Zudem ist sie an der Abteilungsforschung um „Open Creative Labs“ beteiligt. Seit 2017 untersucht sie im Projekt „Resilienter Krisenumgang“ die Rolle von Experten und Beratung in Krisenverläufen.

Neu im IRS

Seit September 2018 ist **Michael Sonntag** als weiterer Systemadministrator in der Verwaltung des IRS tätig. Sein Aufgabengebiet umfasst die Betreuung und Weiterentwicklung aller am IRS bereitgestellten IT-Services. Dabei greift er auf ca. 20 Jahre Erfahrung als Systemadministrator zurück. Zuletzt übte er diese Tätigkeit am Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Großbeeren aus.

Eva Eichenauer ist seit Oktober 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „ReGerecht – Integrative Entwicklung eines gerechten Interessensausgleichs zwischen Stadt, städtischem Umland und ländlichem Raum“. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Projekt untersucht sie Infrastruktur- und Landnutzungskonflikte in Westmecklenburg insbesondere im Hinblick auf Energiegerechtigkeit sowie räumliche und infrastrukturelle Gerechtigkeit. Eva Eichenauer studierte Soziologie und Südostasienstudien in Berlin, Potsdam und Penang/Malaysia. Von 2014 bis 2018 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beschäftigt. Hier forschte sie vor allem zur Umsetzung der Energiewende auf lokaler Ebene und zu nachhaltigen Lebensstilen.



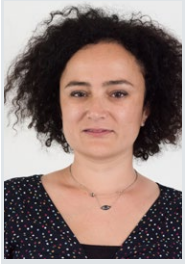
Felicitas Klemp arbeitet seit Oktober 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Leitprojekt der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Thematische Schwerpunkte ihres Masterstudiums der Geographie und auch des selbstorganisierten Forschungsaufenthalts für ihre Masterarbeit in Vancouver/Kanada waren u.a. Urban Farming, Lokale Ernährung und die Governance-Debatte. Bei einem dreimonatigen Praktikum am Institut für vergleichende regionale Integrationsstudien der Vereinten Nationen (UNU-CRIS) in Brügge befasste sie sich mit dem Thema „European Policy Reflections“. Am Beispiel von Städtenetzwerken wie dem europäischen „Covenant of Mayors“ untersuchte sie Möglichkeiten eines stärkeren Beitrags und einer größeren Verantwortung von Städten für die Ziele der europäischen Klimapolitik.

Dr. Ariane Sept ist seit Oktober 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind aktuelle Entwicklungen ländlicher und städtischer Räume, (soziale) Innovationen, gesellschaftlich-räumliche Be- und Entschleunigung sowie (europäische) Stadt- und Regionalpolitiken. Nach dem Abschluss ihres Studiums der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin im Jahr 2006 war sie zunächst freiberuflich in Berlin und Rom tätig. Von 2015 bis 2018 promovierte sie im DFG-Graduiertenkolleg „Innovationsgesellschaft heute“ am Institut für Soziologie der TU Berlin mit einer Arbeit zum Thema „Entschleunigung in Klein- und Mittelstädten. Cittaslow als soziale Innovation in der Stadtentwicklung“. Ariane Sept ist Mitglied der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL).

Maxie Weber begann im Oktober 2018 am IRS ihre berufspraktische Ausbildung im Rahmen des dualen Studiengangs Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Dienstleistungsmanagement an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Die dreijährige Ausbildung schließt mit dem Abschluss Bachelor of Arts (B.A.) ab. Während der berufspraktischen Ausbildungsphasen wird sie unterschiedliche Funktionsbereiche des IRS kennenlernen.

Dr. Christian Reichel ist seit Januar 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Am IRS forscht Reichel im Leitprojekt „Smart Villagers. Digitalisierungen und soziale Innovationen in ländlichen Räumen“. Darüber hinaus ist er Dozent am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Freien Universität Berlin. Christian Reichel studierte Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin sowie Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er promovierte am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Freien Universität Berlin zum Thema „Mensch – Klima – Umwelt. Trans-lokales Wissen und Resilienz im Schweizer Hochgebirge“.

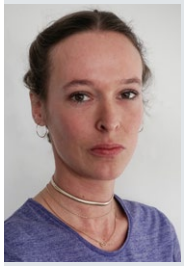
Fellowship



Dr. Burcu Toğral Koca hat ein Einstein-Fellowship in der Förderlinie „Wissenschaftsfreiheit“ eingeworben, welches ihr einen Gastaufenthalt an der Technischen Universität Berlin im Fachgebiet „Urbane Transformation im internationalen Kontext“ (Prof. Dr. Felicitas Hillmann) des Instituts für Stadt- und Regionalplanung ermöglicht. Mit dem Sonderprogramm „Wissenschaftsfreiheit“ fördert das Land Berlin Spitzenwissenschaftler/-innen, die mit konkreten Einschränkungen ihrer Forschungstätigkeit in ihren Heimatländern konfrontiert sind. Burcu Toğral Koca war seit 2017 als Fellow der Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ zu Gast und forschte zu Migration und Stadtentwicklung sowie zu Praktiken des De- und Re-Bordering. An der TU Berlin setzt sie ihre am IRS begonnenen Forschungen fort.

Auszeichnungen

Dr. Jana Kleibert wurde am 15. November 2018 in London mit dem RSA Routledge Early Career Award ausgezeichnet, der von der Regional Studies Association (RSA) vergeben wird. Sie erhielt die Auszeichnung für ihr Paper „Global Production Networks, Offshore Services and the Branch-Plant Syndrome", das 2016 in Regional Studies veröffentlicht wurde. Kleibert leitet derzeit die Leibniz Junior Research Group „Constructing Transnational Spaces of Higher Education" (TRANSEDU) am IRS und an der Humboldt-Universität zu Berlin, die sich mit internationalen Hochschulcampus-Entwicklungen befasst. Von 2017 bis 2018 war sie als Vertretungsprofessorin für Wirtschaftsgeographie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main tätig. Seit Juni 2015 arbeitet sie als Postdoktorandin in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" des IRS.



Tjorven Harmsen erhielt den zweiten Platz des von der International Academy for Systems and Cybernetic Sciences (IASCYS) verliehenen Charles-François-Preises. Der Preis wurde anlässlich des dreitägigen Kongresses „A Systemic Vision of the Crises" im Oktober 2018 in Brüssel vergeben. Tjorven Harmsen stellte dort das BMBF-geförderte Projekt „Resilienter Krisenumgang" vor, welches sie als Doktorandin zusammen mit Dr. Verena Brinks und Prof. Dr. Oliver Ibert in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen" bearbeitet. Die Auszeichnung erhielt sie für ihren Vortrag „Crisis as Social Autocatalysis: A Time-Spatial Perspective on the Emergence and Utilization of Opportunities".

Berufungen in Gremien

Prof. Dr. Felicitas Hillmann, Leiterin der IRS-Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten", wurde in die Fachjury für den Hartmut-Häußermann-Preis „Soziale Stadt" 2019 berufen, der vom Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin vergeben wird. Mit dem Preis werden herausragende Monographien ausgezeichnet, die eine interdisziplinäre, aufklärerische und sozial orientierte Stadtforschung verwirklichen. Die Ausschreibung richtet sich entsprechend fächerübergreifend an Verfasser/innen von Monographien (z.B. Dissertationen oder Habilitationen), die sich Fragen sozialer und kultureller Inklusion und Exklusion in Städten und den daraus erwachsenen Herausforderungen stadtpolitischer Gestaltung widmen.

Der Preis, gestiftet von Dr. Ruth Jacob, ist mit 3.000 € dotiert und wird am 11. April 2019 im Rahmen eines Festakts an der Humboldt-Universität zu Berlin vergeben.

Dr. Tobias Federwisch ist seit Januar 2019 Mitglied im Beirat der Technischen Hochschule Brandenburg – Präsenzstelle Prignitz. Ziel der Präsenzstelle mit ihren Standorten in Pritzwalk, Neuruppin, Wittenberge und der Kooperation bei der Stadt Kyritz ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft, Schulen und Wirtschaft im hochschulfernen Nordwesten Brandenburgs zu intensivieren. Zu den Mitgliedern des Beirates gehören Vertreter/-innen der Technischen Hochschule Brandenburg, der Regionalen Wachstumskerne Prignitz und Neuruppin, des Vereins Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse e.V. sowie der Kleeblatt-Region.

IRS Spring Academy 2019

Photo: Chlorophylle/adobe stock photo

4–7 June 2019

Investigating Space(s): Current Theoretical and Methodological Approaches:

Part 3 – Topologies

:: leibniz-irs.de/springacademy2019

In the past two decades the interdisciplinary field between spatial and social sciences has undergone an extraordinarily dynamic development with a high potential for innovation. On the one hand, many social-scientific disciplines performed a "spatial turn" and became more interested in integrating spatial concepts and terminology. On the other hand, disciplines like human geography or spatial planning, understand space less as an exclusive object of analysis and instead emphasize a "spatial perspective" as a shared ontological ground. This has opened up a broad "trading zone" within which novel conceptualizations of space and spatiality are negotiated in an inter-disciplinary field. Against this background, the Leibniz Institute for Research on Society and Space (IRS) together with different academic partners and supported by the Volkswagen Foundation organizes a series of three successive Spring Academies entitled "Investigating Space(s): Current Theoretical and Methodological Approaches".

Each event focuses on different aspects of the emergent thriving field. The first two events already took place – 2017 on "Temporality and Procedurality"; 2018 on "Virtuality and Socio-Materiality". The final event on "Topologies" will take place from 4 to 7 June 2019.

The Design Research Lab, Berlin University of the Arts will act as a local cooperation partner in 2019.

IRS Leibniz Institute for Research on Society and Space

Design Research Lab

Universität der Künste Berlin

Supported by

VolkswagenStiftung